



**Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand**

Information

Nr. 1 / 2019

**13. Mitgliederversammlung der GRH,
30. März 2019 in Berlin**

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, April 2019

Mit der 13. Mitgliederversammlung am 30. März 2019 endete eine erfolgreiche zweijährige Wahlperiode. Sie hat den erfolgreichen Kurs der GRH und die inhaltliche Ausrichtung für die kommenden Jahre bestätigt.

An der mit Beschluß des Vorstandes vom 08.01.2019 satzungsgemäß einberufenen Versammlung nahmen 120 Mitglieder der GRH aus den Berliner TAG und des Umlandes, aus TAG auf dem Territorium der DDR, aus den Arbeitsgruppen des Vorstandes sowie Einzelmitglieder teil. Mit großer Herzlichkeit wurden die anwesenden Gründer der GRH vor nahezu 26 Jahren begrüßt. Mit Grußschreiben wünschten Patrick Köbele, Vorsitzender der DKP, Ellen Brombacher, Bundessprecherrat der KPF in DIE LINKE und das DDR-Kabinett Bochum der Zusammenkunft einen erfolgreichen Verlauf. Gleiches bekundeten Mitglieder und Sympathisanten, die aus verschiedenen Gründen nicht teilnehmen konnten. Als Gäste hatten der Landesverband Berlin der DKP, das OKV, die ISOR, der VTNVAGT, der RFB, das BüSGM, der Landesverband Berlin des Freidenkerverbandes und das Unentdeckte Land e.V. ihre Vorsitzenden, Sprecher oder Bevollmächtigten entsandt, um ihre Solidarität mit der GRH zu bekunden. Es herrschte eine kämpferische, sachliche und kameradschaftliche Atmosphäre. Die RotFuchs-Singegruppe begeisterte mit Kampf- und Arbeiterliedern und regte zum Mitsingen an. Mit herzlichem Beifall wurde die Ernennung des Geschäftsführers der GRH, Dieter Stiebert, zum Ehrenmitglied des BüSGM durch deren Vorstandsmitglieder Gerd Julius und Peter Dietrich begrüßt.

Den Bericht des Vorstandes erstattete unser Vorsitzender, Hans Bauer.

Die Jahresrechnungen begründete der Schatzmeister Ernst Hornig. Der Bericht des Prüfungsausschusses wurde von dessen Vorsitzenden Raoul Gefroi vorgetragen.

An der Diskussion, der Aussprache zum Bericht des Vorstandes, zu den Jahresrechnungen, und zum Bericht des Prüfungsausschusses sowie zu den allen Mitgliedern der GRH bereits vor Beginn der Versammlung übergebenen Vorschlägen zur Satzungsänderung beteiligten sich insgesamt 9 Mitglieder und Gäste.

Mit einmütiger Zustimmung wurden der Bericht des Vorstandes, die Jahresrechnungen 2017 und 2018, der Bericht des Prüfungsausschusses und die Satzungsänderungen bestätigt. Der Vorstand sowie der Prüfungsausschuss wurden entlastet.

In den neuen Vorstand wurden einstimmig Hans Bauer, Herbert Damm, Dr. Reinhard Grimmer, Ernst Hornig, Günter Leo, Karl Rehbaum, Heidi Richter, Renate Schönfeld, Günter Seidel und Dieter Stiebert gewählt.

Einstimmig war auch die Wahl von Raoul Gefroi, Wolfgang Herzig und Dr. Peter Rauscher in den Prüfungsausschuß.

In der konstituierenden Sitzung des Vorstandes wurden Hans Bauer zum Vorsitzenden der GRH, Herbert Damm und Günter Seidel zu seinen Stellvertretern, Ernst Hornig zum Schatzmeister und Dieter Stiebert zum Schriftführer gewählt. Der Prüfungsausschuß wählte Raoul Gefroi zum Vorsitzenden.

Die Mitgliederversammlung endete mit dem Schlusswort des Vorsitzenden und dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“.

Eröffnung durch den Geschäftsführer Dieter Stiebert

Liebe Mitglieder der GRH, verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde.

Im Auftrage des Vorstandes eröffne ich die 13. Mitgliederversammlung der GRH, die mit dem Beschluß des Vorstandes vom 8. Januar 2019 satzungsgemäß einberufen wurde. Ich begrüße alle Anwesenden sehr herzlich und bedanke mich zugleich bei den Verantwortlichen und Mitarbeitern des Theaters am Park, wo wir erneut unsere Beratungen durchführen können.

Ein herzliches Willkommen entbietet der Vorstand allen Mitgliedern der GRH aus nah und fern, die ihr Recht wahrnehmen, über die Tätigkeit der GRH in den kommenden zwei Jahre zu befinden. Für Euch, liebe Berlinerinnen und Berliner und Mitglieder aus dem Umland, die Ihr die Mehrheit bildet, war es ein kurzer Weg zum Theater am Park. Unsere Freunde zum Beispiel aus Rostock, Dresden, Chemnitz, Edertal-Mehlen, Leipzig, Halle, Neubrandenburg, Leun, Blankenburg, Cottbus, Stendal, Frankfurt/Oder oder Gera mußten da schon früher aufstehen. Wir senden von hier aus Grüße an unsere Mitglieder und Sympathisanten in allen Regionen Deutschlands, in den USA, in Japan, Indien und England.

Mein besonderer Gruß gilt den unter uns weilenden Mitbegründern der GRH, die den erfolgreichen Kurs der GRH seit nahezu 26 Jahren entscheidend mitbestimmen.

Ja, liebe Gründer der GRH. Auch wenn die Zahl derer, die damals dabei waren, erneut geringer geworden ist, Euer Mut von damals, Eure Weitsicht, Euer Optimismus, Eure Solidarität mit den Verfolgten, Bestraften, Verurteilten und Diskriminierten haben sich gelohnt. Wir schätzen hoch ein, daß Ihr trotz mancherlei Beschwerden, so weit es geht, Euren Mann bzw. Frau steht. Dafür bedanken wir uns bei Euch sehr, sehr herzlich. Wir senden zugleich Kampfesgrüße an die Veteranen, die aus verschiedenen Gründen nicht hier sein können.

Obwohl die GRH parteipolitisch unabhängig ist, schlägt das Herz unserer Mitgliedern und Sympathisanten links, sind viele Mitglieder der GRH zugleich auch Mitglieder der Partei DIE LINKE, speziell der Kommunistischen Plattform, der DKP und der KPD.

Dem Vorstand sind fernmündlich oder per Mail zahlreiche Grüße und Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf der heutigen Veranstaltung übermittelt worden. Wir bedanken uns dafür bei Dr. Hans Modrow, Egon Krenz, der sich für die zahlreichen Geburtstagsgrüße bedankt, Dr. Hans Reichelt, der heute 94 Jahre alt wird, Dr. Wolfgang Schwanitz, Werner Großmann, Prof. Dr. Erich Buchholz, Jochen Traut, Erich Postler, Brigitte und Peter Müller, die aus verschiedenen Gründen leider nicht hier sein können. Dank auch all jenen Mitgliedern, die der heutigen Versammlung einen guten Verlauf und einen erfolgreichen Abschluß wünschten.

Grußadressen sind uns von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, Ellen Brombacher im Auftrag des Bundessprecherrates der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE

und des DDR-Kabinetts in Bochum zugegangen. Wir bedanken uns und bitten den heute zu wählenden Vorstand diese Grußadressen gemeinsam mit den Dokumenten der Mitgliederversammlung zu veröffentlichen.

Die meisten der anwesenden Mitglieder und Gäste sind Zeitzeugen der Gründung der DDR vor 70 Jahren, ihres Wachens und Werdens sowie ihres Unterganges. Mein Willkommensgruß richte ich an die einstigen offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter und Kundschafter des Ministeriums für Staatssicherheit. Ich grüße die ehemaligen Angehörigen der Grenztruppen, der Nationalen Volksarmee, der Volkspolizei und des Zolls. Ich freue mich, Staatsanwälte und Richter begrüßen zu können, die auf allen Ebenen der DDR sowie in den bewaffneten Organen für die Durchsetzung des sozialistischen Rechts gesorgt haben. In unserer Mitte weilen Lehrer der allgemeinbildenden Schulen, Hoch- und Fachschullehrer, Staats-, Partei-, Sport- und Gewerkschaftsfunktionäre. Ich grüße auch die anwesenden Rechtsanwälte, die seit 1990 unsere Genossen vor Gericht verteidigen.

Es findet sicherlich Eure Zustimmung, wenn ich sehr herzlich den Vertreter des Berliner Landesvorstandes der DKP, Genossen Stefan Natke begrüße.

Ebenso herzlich begrüße ich Dr. Matthias Werner und Joachim Bonatz, Präsident und Mitglied des Präsidiums des OKV, Prof. Dr. Horst Bischoff, Stellvertretender Vorsitzender von ISOR, Siegfried Eichner, der den gestern neu gewählten Vorstand des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT der DDR vertritt, Klaus Linder, Vorsitzender des Berliner Freidenkerverbandes, Gerd Hommel vom RFB, Gert Julius und Peter Dietrich, Vorstandsmitglieder und Sprecher des BüSGM. Johannes Oehme von „Das Unentdeckte Land e.V.“ Wir freuen uns auf den Auftritt der RotFuchs – Singegruppe, die uns mit einigen Kampf- und Arbeiterliedern zum Mitsingen anregen wird.

Ich begrüße herzlich die in unserer Mitte weilenden Autoren und Herausgeber zahlreicher bedeutsamer Bücher, Artikel- und Leserbriefschreiber sowie Produzenten von Videofilmen für das Internet und CD's. Wir bedanken uns für die konstruktive Zusammenarbeit bei den Verlagen edition ost, Verlag am Park und Wiljo Heinen. Herzlich willkommen lieber Freund und Genosse Frank Schumann.

Es ist mir ein Bedürfnis, von hier aus jene Mitglieder der GRH zu grüßen, die nach schweren Erkrankungen an's Bett oder an den Rollstuhl gebunden sind, selbst Pflege bedürfen oder Angehörige pflegen oder aus anderen Gründen nicht mehr aktiv am Vereinsleben teilnehmen können.

Liebe Freunde und Genossen.

Bevor wir in die Beratungsatmosphäre eintreten, bitte ich Euch, sich von den Plätzen zu erheben, um in einer Gedenkminute der Toten zu gedenken.

Die GRH erlitt in den vergangenen 26 Jahren schmerzliche Verluste, auch in den vergangenen zwei Jahren seit der 12. Vertreterversammlung. Die Liste ist diesmal sehr lang ! Ich bitte Euch daher um Verständnis, daß ich darauf verzichten muß, die Namen der Verstorbenen aufzurufen. Wir gedenken Aller, werden ihr Vermächtnis bewahren und in ihrem Sinne weiter kämpfen. Wir schließen in unser Gedenken die ermordeten und

verstorbenen Vorkämpfer gegen Krieg, Kapitalismus und Faschismus, für Frieden und Sozialismus ein. Wir ehren die beim Schutz der Deutschen Demokratischen Republik ums Leben gekommenen Angehörigen der Grenz-, Schutz- und Sicherheitsorgane.

Ich danke Euch.

Liebe Freunde,

Ich bitte darum, dass sich diejenigen Mitglieder, die die Versammlung vor den Beschlussfassungen und Wahlen aus dringenden Gründen verlassen müssen, beim Gen. Ernst Hornig ordnungsgemäß abmelden.

Zweitens schlage ich im Auftrage des Vorstandes vor, daß die Versammlungsleitung in den Händen der Mitglieder des Vorstandes liegen sollte. Bis zur Mittagspause Hans Bauer, Herbert Damm, Heidi Richter, Dr. Reinhard Grimmer und Dieter Stiebert. Nach der Mittagspause Günter Seidel, Renate Schönfeld, Günter Leo, Karl Rehbaum und Ernst Hornig.

Drittens bitte ich die Handys, Tablets und sonstigen Verbindungsmöglichkeiten mit der Außenwelt abzustellen und nicht zu vergessen, sie nach Abschluß der Veranstaltung wieder betriebsbereit zu machen.

Viertens weise ich darauf hin, daß bei Renate Paulsen und Hannes Schindler Bücher zu Solidaritätspreisen erworben werden können und Raoul Gefroi gern Bücher aus dem Altbestand der GRH abgibt.

Ich übergebe das Wort an die Versammlungsleitung und wünsche der 13. Mitgliederversammlung einen erfolgreichen Verlauf.

*

Bericht des Vorstandes an die 13. Mitgliederversammlung, Hans Bauer, Vorsitzender

Liebe Mitglieder der GRH,

liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen,
liebe Gäste,

Genau zwei Jahre sind seit unserer Vertreterversammlung vergangen. Wir sind auseinandergeschieden mit dem Anspruch, unsere Arbeit auf drei Schwerpunkte zu konzentrieren: **Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit.**

Die Richtigkeit dieser Schwerpunkte hat sich voll bestätigt. Zugespitzt muss man sagen, die Herrschenden der Bundesrepublik Deutschland führen heute Krieg nach außen und nach innen. Profitgier und Antikommunismus sind die entscheidenden Triebfedern.

Für uns als eine linke Organisation, die gegen diese Politik **Widerstand** leistet, **Solidarität** übt mit allen progressiven Kräften und die Interessen der **Opfer** dieses Systems vertritt, ist das eine besondere Herausforderung.

Angesichts der weltweiten militärischen Auseinandersetzungen und der aktuellen Gefahr eines Weltbrandes steht der Kampf um Beendigung der vom Imperialismus verursachten Kriege und der dadurch bedingten Folgen von Flucht, Not und Elend auch für uns an erster Stelle. Das entspricht unseren Erfahrungen und Traditionen von 40 Jahren Friedenspolitik im sozialistischen Deutschland.

Daraus erwächst aber vor allem unsere heutige Verantwortung im Kampf um den Frieden. Für den Friedensstaat DDR waren friedliche Beziehungen, Völkerfreundschaft und -verständnis sowie Achtung des Internationalen Rechts zur Selbstverständlichkeit geworden. Seit dem Anschluss der DDR an die BRD strebt Deutschland nach Weltmacht. Entgegen mancher Hoffnung, sogar Zusagen, betreibt es in und mit NATO und EU eine Politik von Sanktion und Konfrontation mit dem Ziel, Profit zu sichern und seinen Einfluss in der Welt zu stärken. Es rüstet weiter auf, stellt sein Territorium u.a. in Ramstein und Büchel für Drohnenkriege und Atomwaffen zur Verfügung, exportiert Waffen, hat gegenwärtig ca. 3 500 Soldaten in 13 Staaten der Welt im Einsatz und beteiligt sich an militärischen Interventionen, direkt oder indirekt. Wie z. B. In Jugoslawien und im Irak. Allein in Afghanistan befindet es sich seit 18 Jahren im Krieg und hat jüngst den Einsatz erneut verlängert. Alles entgegen dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung. Und das wird dann verlogen und völkerrechtswidrig als „humanitäre Intervention“ verkauft.

Besonders gefährlich und perfide ist die Politik gegenüber Russland. Ausgerechnet der Staat, der den größten Anteil an der Befreiung vom Faschismus hat, wird wie ein Feind behandelt, an den Westgrenzen mit NATO-Truppen bedroht und mit Sanktionen belegt. International legitimes Handeln der Russischen Föderation, wie in Syrien, auf der Krim oder im Zusammenhang mit der Ukraine und mit Venezuela wird verfälscht dargestellt. Die Innenpolitik Russlands und sein Präsident Putin werden permanent diffamiert.

Zu dieser feindseligen und gefährlichen Politik hat unsere Organisation stets deutlich und konsequent Standpunkte bezogen. Dazu haben wir alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt. In öffentlichen Erklärungen wandten wir uns gegen diese Politik und forderten Frieden und Freundschaft mit Russland. Wir verurteilten Auffassungen einer angeblichen Äquidistanz zwischen Russland und den USA. Sicher, die Russische Föderation ist ein kapitalistischer Staat, aber er ist in der gegenwärtigen internationalen Situation gemeinsam mit der Volksrepublik China das einzige entscheidende Gegengewicht zu imperialistischer Aggression und Intervention.

In Beratungen, Gesprächen, Veranstaltungen und Publikationen haben wir in vielfältiger Weise diese Positionen überzeugend öffentlich gemacht.

Auf den Grenzertreffen 2017/18 mit insgesamt nahezu 500 Teilnehmern standen Fragen der Friedenssicherung, von Russlands Friedensbeitrag, die Friedenstraditionen der NVA und Grenztruppen und das konträre Traditionsverständnis der Bundeswehr im Zentrum. Inhalt und Botschaft der Zusammenkunft unserer ehemaligen Kundschafter und Aufklärer im Frühjahr 2018 dienten gleichfalls der Verständigung über die internationale Lage und unseres Beitrages zur geschichtlichen und aktuellen Aufklärung und zum Friedenskampf.

Unsere jährlichen Ehrungen für die an der Staatsgrenze getöteten Grenzer, für den Kundschafter Richard Sorge oder für den antifaschistischen Widerstandskämpfer und Arbeitersportler Werner Seelenbinder sowie für Ernst Thälmann, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a. sollen unsere Achtung für Menschen, die in diesem Kampf ihr Leben ließen, auch öffentlich dokumentieren.

Zu all diesen Themen nehmen wir regelmäßig in unseren Mitteilungen, von denen wir monatlich über 1 500 Exemplare verschicken, Stellung. Mehrere schriftliche INFORMATIONEN der GRH hatten Fragen des Friedenskampfes und der Beziehungen zu Russland zum Gegenstand, so Beiträge zum Jahrestag der Befreiung, des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Es war und ist für uns selbstverständlich, dass ein erfolgreicher Kampf um die Herstellung und Erhaltung des Friedens nur in einer kraftvollen Friedensbewegung möglich ist. Deshalb betrachten wir uns als fester Teil dieser Bewegung. Das betrifft natürlich das Netzwerk des OKV, geht aber weit darüber hinaus. Wir haben uns als Vorstand sofort der Bewegung „Abrüsten statt Aufrüsten“ mit einer eigenen Erklärung angeschlossen und jede andere Friedensinitiative unterstützt. So auch die Initiative "Soldaten für den Frieden". In TAG, wie Chemnitz, Berlin, Dresden u.a. wurden gemeinsam mit Verbündeten eigene Initiativen ergriffen und Bekundungen abgegeben, wie jüngst in Bernau "Nicht in unserem Namen". Viele unserer Mitglieder arbeiten zeitweise oder auch fest und aktiv in Friedensbündnissen mit, wie z.B. Doris und George Pumphrey.

Die Teilnahme vieler Mitglieder an Aktionen und die Unterzeichnung von Petitionen im Internet, die gegen Militarisierung und Krieg, für eine friedliche

Politik mit Russland oder in jüngster Zeit für den sozialistischen Weg Venezuelas und gegen jegliche innere Einmischung gerichtet sind, spiegelt die Übereinstimmung unserer Auffassung in entscheidenden Fragen der Gegenwart wider.

Ganz in diesem Sinne betrachten wir auch die internationalen Kontakte zu unseren tschechischen und polnischen Freunden. Wir stimmen mit ihnen völlig überein, dass wir im Kampf um eine friedliche Welt auf gemeinsame Erfahrungen von Jahrzehnten zurückgreifen können.

Vor allem mit den Mitgliedern des KCP in Tschechien (Klub der tschechischen Grenzgebiete) solidarisieren wir uns gegen revanchistische Forderungen aus Deutschland, mit denen die Ergebnisse des 2. Weltkrieges revidiert werden sollen. Neben Einzelmitgliedschaften einiger unserer Mitglieder ist vor wenigen Wochen die GRH vom Nationalrat des KCP als Kollektivmitglied aufgenommen worden. Auch das ist für uns Ausdruck unseres Internationalismus.

Wir danken an dieser Stelle allen, die sich an diesen vielen Friedensaktivitäten beteiligen. Diese Aufgabe ist und bleibt für die GRH, auch ungeachtet unterschiedlicher Meinungen zu Einzelfragen, von vorrangiger Bedeutung.

Territoriale Aktionen sollten aber noch stärker unterstützt werden, so wenn NATO-Panzer durch Mecklenburg-Vorpommern rollen oder das "modernste Gefechtsübungszentrum Europas" in der Retortenstadt Schnöggersburg/SA errichtet wird, auch wenn in Berlin z.B. am Brandenburger Tor Protest gegen Krieg und Unrecht erhoben wird. Das trifft auch auf die bevorstehenden Ostermärsche und auf das Treffen zum Elbe Day am 27. April 2019 in Torgau zu, mit dem an das Zusammentreffen gegen die faschistischen Truppen kämpfender sowjetischer und US-amerikanischer Soldaten erinnert wird.

Liebe Mitglieder, liebe Freunde,

die Forderung nach **Wahrheit** ist für uns als GRH das *Kernthema*. Es ist in dieser Deutlichkeit weitgehend ein *Alleinstellungsmerkmal* unserer Organisation. All das, was seit nunmehr 29 Jahren in diesem Deutschland mit der DDR geschieht, basiert auf Lüge,

Verdrehung und Verfälschung, auf Verschweigen und Verdrängen historischer Tatsachen. Kriminalisierung, Ausgrenzung, Verunglimpfung, Demütigung und Abstrafung beruhen darauf, dass DDR-Vergangenheit als "Schwarzbuch des Kommunismus" gezeichnet und die der alten BRD als Hort der Demokratie und der Menschenrechte verkauft wird. All das kulminiert in Schlagworten und Kampfbegriffen wie "Unrechtsstaat DDR", "SED Diktatur" und "verordneter Antifaschismus". Ostdeutschland wird wie eine Kolonie im eigenen Lande verwaltet und behandelt. Das belegt die *ökonomisch / soziale* und *die ideelle Situation* in den sogenannten neuen Bundesländern.

Wenn wir uns dagegen wehren, geht es natürlich zunächst um persönliche Erfahrungen und Betroffenheit. Die meisten unserer Mitglieder haben seit Jahrzehnten am eigenen Leib schmerzhaft erfahren müssen, nicht wenige während strafrechtlicher Verfolgungen und sogar in Gefängnissen, wie willkürlich der "Rechtsstaat BRD" mit ehemaligen DDR-Bürgern umgeht. Deshalb fordern wir immer wieder die Rehabilitierung Verurteilter und die Beendigung von Benachteiligungen und Abstrafungen.

Aber es geht uns heute um noch viel mehr. Es geht um die Verteidigung der sozialistischen DDR, des ersten deutschen Friedensstaates, einer zutiefst humanistischen und sozialen Gesellschaft. Mit der Delegitimierung und Dämonisierung der DDR soll der Sozialismus auf deutschem Boden für ewig verdammt werden. Deshalb ist unser Wirken nicht nur individuelle Erinnerung und Abwehr, es ist Teil der heutigen Auseinandersetzung um ein anderes, friedliches, demokratisches und soziales Deutschland, eine andere fortschrittliche Gesellschaft. In diesem Sinne hat unsere GRH in der zurückliegenden Legislaturperiode sehr intensive und wirksame Arbeit geleistet.

An herausragender Stelle sind hier zu nennen die an den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS Roland Jahn gerichteten 21 Fragen zur gegenwärtigen Politik dieser Behörde (Hier besonderer Dank an die AG Sicherheit und Aufklärung). Dabei gehen diese Fragen teilweise weit über den Adressaten hinaus. Sie berühren grundlegende Probleme der heutigen Politik im Umgang mit einem Teil der Bevölkerung.

Wir haben unsere Publikation "Wahrheit und Versöhnung?" genannt. Natürlich sind wir illusionsfrei. Versöhnung kann es nur durch Wahrheit geben. Dafür müssten aber die Herrschenden ihre bisherige Politik revidieren. Auch das neue Konzept der Behörde mit dem Titel ""Die Zukunft der Stasi-Unterlagen" lässt eine solche Wende nicht erwarten. Weder die Überführung der Unterlagen in das Bundesarchiv noch die Standortreduzierung werden dazu beitragen. Die sogenannte Aufarbeitung wird weitergehen. Die diskriminierenden Überprüfungen werden fortgeführt, die zweckgebundenen Vorgaben für die Forschungen zur "SED Diktatur", d. h. nicht nur zum MfS, werden "verstärkt und verstetigt"

Damit beabsichtigt sind vor allem die wirksamere Einflussnahme auf junge Menschen, die noch geschicktere Manipulation der Öffentlichkeit und eine Verbreiterung der "Erinnerungskultur".

Für uns erwächst daraus der Anspruch, Bewährtes fortzusetzen und auszubauen. Das betrifft in erster Linie unsere Publikations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Unser Anspruch: **Aufklären, Motivieren, Widerstand erzeugen und leisten.**

Verehrte Anwesende!

In unzähligen Veranstaltungen, oft in Zusammenarbeit mit dem Rotfuchs, auch mit ISOR, dem BüSGM und im Rahmen des OKV behandelten wir Themen, die sich mit aktuellen und zeitgeschichtlichen Auseinandersetzungen befassen.

In aller Kürze seien beispielhaft genannt:

- Fragen des Antifaschismus in beiden deutschen Staaten. Die Publikation Skiba/Stenzel zur Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen in 23 Veranstaltungen.
- Probleme des Rechts, der Verfassung und des GG sowie speziell zur Justiz in der DDR und der BRD unter Nutzung der Publikation "Staatsanwalt ohne Robe"
- Aufklärung zum konterrevolutionären Putsch des 17. Juni, anhand einer überarbeiteten Publikation. Hierfür danken wir Dr. Peter Rauscher.
- Argumente zur Sportgeschichte und Sportpolitik in der DDR und heute. Herausgabe des 4. Bandes "Erlebte Sportgeschichte" sowie Sonderinformationen zu Sportereignissen, so zu den Olympischen Winterspielen und zu den Fußballweltmeisterschaften.
- Und immer wieder standen Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der Sicherung unserer Staatsgrenze im Zentrum von öffentlichen Diskussionen. Genosse Günter Ganßauge hat hierbei besonders verdienstvoll gewirkt.

Wir haben uns erklärt zu Fragen des Dopings im Sport, ihre einseitige und verfälschende Darstellung. Wichtig war uns eine Erklärung zur Arbeit des Dopingopferhilfevereins anlässlich der Veränderungen im Vorstand.

Wir weisen zurück, die Dopingmachenschaften in der BRD - bis heute - als bedauerliche Einzelfälle zu behandeln, diese Probleme in der DDR und auch in Russland als systemisch zu propagieren.

Diese Methode, von eigener Misere abzulenken und auf andere zu zeigen, wird gerade gegenwärtig wieder praktiziert. Völlig überzogen und verlogen dargestellt werden Fälle von Kindesmissbrauch und -misshandlung in der DDR, um die schwerwiegenden Verbrechen gegen Minderjährige, die nicht nur in der Kirche Systemcharakter hatten und haben, zu relativieren.

Wir begrüßen das Vorhaben der AG Sicherheit, sich der Problematik Heimkinder zu widmen.

Mitglieder der GRH haben an einer Vielzahl linker Veranstaltungen mitgewirkt, sie solidarisch unterstützt, eigene Positionen eingebracht und Verantwortung übernommen, so 2018 zur Alternativen Einheitsfeier des OKV, zum Pressefest der DKP im Ernst-Thälmann-Zelt und in Podien, am Symposium für Kurt Gossweiler und an Festveranstaltungen des DDR-Kabinetts Bochum.

An Infotischen Dutzender Veranstaltungen zu Liebkecht und Luxemburg, Kuba, zu Konferenzen und Treffen linker Parteien und Gruppen, zu gemeinsamen Veranstaltungen mit BüSGM, zu Sommerfesten und zu anderen Anlässen haben wir die GRH stets sichtbar und offensiv vertreten.

In unzähligen Briefen und Leserzuschriften haben unsere Mitglieder z. Tl. ganz individuell Positionen bezogen und unsere Überzeugungen verteidigt. Wir möchten dazu ermutigen, das auch künftig zu tun.

Die GRH war und ist gefragter Ansprechpartner für nationale und ausländische Medien. Geboten ist hier zweifellos jeweils eine kritische Prüfung, aber auch ein offenes und offensives und kein kleinliches Herangehen an entsprechende Anfragen. Wir haben ausreichend Erfahrungen im Umgang mit solchen Anliegen, keinen Grund zur besonderen Zurückhaltung, selbst wenn bestimmte Risiken nicht ausgeschlossen sind. Die herrschende Propaganda versucht alles, um uns totzuschweigen oder zu verunglimpfen. Allein schon deshalb dürfen wir nicht schweigen. Und wir werden es auch künftig nicht tun. Gespräche, Filmaufnahmen und Interviews mit Journalisten, Autoren, Filmemachern gehörten zur Normalität unserer Öffentlichkeitsarbeit. Ausländische Film- und Fernsehstationen und Einzelpersonen waren in den vergangenen Monaten besonders interessiert, so aus Russland, Frankreich, den USA

Liebe Anwesende,

in zunehmendem Maße wurde von uns auch das Internet genutzt - mit unseren Web-Seiten der GRH, der Grenzer und der Kundschafter, in gleicher Weise auch des Insiderkomitees. Hier hat sichtbar eine qualitative Verbesserung stattgefunden.

Liebe FreundInnen und GenossInnen,

mit unserem Gespräch bei Roland Jahn haben wir bewiesen, dass wir auch zu solchen Kontakten bereit und fähig sind. Das war für viele nahezu sensationell, insbesondere für unsere politischen Gegner überraschend und unangenehm. Deshalb haben sie das auch weitgehend verschwiegen. Lediglich die schlimmsten Antikommunisten haben das zum Anlass üblicher Hetze genutzt, sogar Jahn als Verräter beschimpft.

Wir geben nicht auf und werden auch künftig Wege suchen, die unserem Anliegen am effektivsten dienen. Dabei gehen wir bei allen Aktivitäten von zwei Prämissen aus:

wir vertreten unsere begründeten Positionen in **Würde und erhobenen Hauptes**, im fairen und gleichberechtigten Meinungs Austausch,

und wir vertreten unsere Positionen **sachlich, sachkundig und konsequent**.

Liebe Freunde,

im Ringen um die Wahrheit haben wir viele Verbündete. In erster Linie natürlich unsere befreundeten Organisationen im OKV. Dieses Netzwerk ist uns außerordentlich wichtig. Eine Bastion im Osten - die zunehmend nach Westen ausstrahlt. Und dort Verbündete findet. Wichtig sind uns auch potentiell befreundete Parteien, das sind die LINKE, die DKP und die KPD. An vielen Konferenzen und Parteitagen haben auch wir als Gäste teilgenommen. Wir verhehlen nicht, dass wir hier entsprechend unseren Erfahrungen und Überzeugungen differenzieren. Die einzige im *Bundestag* vertretene Partei, deren Auffassungen uns in vielen Fragen nahe stehen, ist die LINKE. Ihre grundsätzlichen Friedenspositionen unterstützen wir. Die Nichtbehandlung von Anträgen zu Russland und Venezuela auf dem jüngsten Parteitag verurteilen wir. Daran ändert sich auch nichts, dass der Bundesausschuss nachträglich den Anträgen zustimmte. Wir kritisieren auch die überwiegend ablehnende, sogar diffamierende Position der Linkspartei zur DDR. Schlimmer, die Einschätzungen des Thüringer MP Ramelow, wie sie wieder im jetzigen 3. Bericht seiner Regierung zur "Aufarbeitung der SED-Diktatur" niedergelegt ist, stützt die Lügen

der Herrschenden und übertrifft sie teilweise noch. Klare offizielle Positionen der Führung der LINKEN dazu vermissen wir. Die Haltungen der KPF und des Ältestenrates der LINKEN mit Hans Modrow sind leider Ausnahmen.

Empört sind wir über die in der Zeitung der Roten Hilfe Nr. 1/19 veröffentlichten Beiträge mit dem Schwerpunkt "Wenn wir brüderlich uns einen ?", mit denen die kommunistische und Arbeiterbewegung, die KPD, die DDR, die SED, der Antifaschismus, der sozialistische deutsche Staat in übler Weise diffamiert werden. Wir fragen uns, wie kann eine solche traditionsreiche linke Organisation wie die Rote Hilfe so tief sinken? Wie kann sie angesichts drohenden Entzugs der Gemeinnützigkeit Solidarität erwarten, andererseits rechts überholen? Soll das der Preis sein, um einem Verbot zu entgehen?

Danken möchten wir der DKP, mit der sich eine enge Zusammenarbeit entwickelt hat, auf zentraler Ebene sowie mit den Ländern Berlin und Brandenburg. Das äußert sich auch im Offenen Brief von Patrik Köbele und mir vom 13. März dieses Jahres als Antwort auf die RHZ, dem das Präsidium des OKV voll zugestimmt hat. Eine überzeugende Antwort zur RHZ hat gegeben und Solidarität mit uns bekundet hat der BV der Freidenker Klaus Hartmann.

Übrigens in jüngerer Vergangenheit bezog die DKP weitere Positionen, die auch für unsere Arbeit hilfreich sind. So mit der gemeinsamen Erklärung zu den Vorgängen in Chemnitz. Auch das gemeinsame Auftreten von Patrik Köbele und Egon Krenz auf dem Pressefest setzte klare Zeichen. Der auf dem Parteitag 2018 angenommene Beschluss zur Solidarität mit Russland und weitere Beschlüsse entsprechen vollinhaltlich unseren Positionen.

Liebe Genossen und Freunde,

unser **Streiten um Wahrheit** ist also eine Auseinandersetzung um Vergangenheit und Gegenwart. Es geht nicht nur darum, wie die DDR im Rückblick gesehen wird. Es geht heute vor allem um die Würde der ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der DDR sowie speziell um die andauernde Ausgrenzung großer Gruppen von Menschen in Ost und West, weil sie der DDR treu und verantwortungsvoll gedient haben. Letztendlich also darum, welche Spuren der sozialistische deutsche Staat für die Zukunft hinterlassen hat.

Liebe Anwesende,

unser dritter Schwerpunkt ist **Gerechtigkeit**. Wenn wir als GRH Gerechtigkeit einfordern, dann geht es uns nicht schlechthin nur um soziale Fragen. Ungerechtigkeiten, die Ostdeutsche seit Jahrzehnten unter BRD-Herrschaft erfahren, sind Ausdruck eines sozialen Niedergangs in ganz Deutschland, besonders aber der arroganten Politik gegenüber dem Osten. Bedeutender wirtschaftlicher Rückstand, erhebliche Lohnunterschiede, Rentenungerechtigkeiten beweisen das. Diese Politik ist im Profitinteresse ökonomisch begründet, aber zugleich politisch gewollt. Sie soll abstrafen vor allem DDR-Verantwortliche. Krasser Ausdruck dafür ist das Rentenstrafrecht. Hauptakteure dagegen waren und sind ISOR und früher auch die GBM. Als GRH haben wir uns in den vergangenen zwei Jahren aktiv in diese juristische und politische Auseinandersetzung eingebracht - mit unseren Erfahrungen und mit finanzieller Beteiligung, z. B. an der Verfassungsbeschwerde gegen das Rentenüberleitungsabschlussgesetz. Die Forderungen nach Rentengerechtigkeit bestehen auch nach Abschluss der juristischen Möglichkeiten fort; der Kampf wird nun verstärkt auf politischer Ebene geführt. Hierbei wird die GRH zuverlässiger Partner bleiben.

Was wir fordern, sind *gleichwertige Lebensverhältnisse* in ganz Deutschland, also auch in Ostdeutschland, so wie es das GG verlangt. Ohne Diskriminierung, deren Verbot zwar auch im GG verankert ist, aber zur Wirklichkeit ein tiefer Graben besteht.

Da in diesem System Lüge und Unrecht politisch motiviert sind, sind in unserem Kampf Wahrheit und Gerechtigkeit aufs engste verknüpft.

Liebe Mitglieder und Freunde der GRH,

all unsere Initiativen, Aktivitäten und Ergebnisse waren nur möglich durch **inhaltliche Klarheit, kollektive Festigkeit und effektive Organisation**. Wenn die GRH im Berichtszeitraum weiter an Ansehen auch über Ostdeutschland hinaus gewonnen hat, dann dank der vielen Mitglieder, der Genossinnen und Genossen, die sich für unsere Ziele und Überzeugungen engagieren, inzwischen auch im Westen Deutschlands. Kontinuität in der Arbeit und Konzentration auf Schwerpunkte sowie sinnvolle Arbeitsteilung spielten dabei eine ebenso entscheidende Rolle wie die feste Verbindung des Vorstandes zu den Mitgliedern. Dabei war und ist die Geschäftsstelle der GRH ein wichtiges Zentrum der Information, der Kommunikation und der Organisation. Ihre Funktionsfähigkeit ist entscheidende Gewähr effektiver Arbeit. Wir appellieren an dieser Stelle an die Berliner und Brandenburger Mitglieder, diesen Bereich personell zu unterstützen.

Liebe Freunde!

Anlässlich des 25. Jahrestages des Bestehens der GRH im vergangenen Jahr konnten wir mit Stolz in vielen Zusammenkünften der TAG, so auch hier in Berlin in einer feierlichen Veranstaltung, eine positive Bilanz ziehen.

Aber wir sind auch Realisten. Die Situation ist - wie auch in anderen Vereinigungen und Organisationen und in Parteien - komplizierter geworden. Die Anzahl unserer Mitglieder ist auf um die 800 zurückgegangen. Aus diesem Grunde haben wir auch erstmalig zu einer **Mitgliederversammlung** (nicht zur VV) eingeladen. Das sieht unsere aktuelle Satzung vor, wenn die Anzahl unter 1 000 gesunken ist. Mit unserer vorgesehenen Satzungsänderung wollen wir dieser Tatsache Rechnung tragen (aufgrund neuer Datenschutzvorgaben schlagen wir zugleich auch hier eine Satzungsänderung vor). Mit dem Rückgang der Mitgliederzahl, ausschließlich durch Tod und Krankheit, sind in mehreren Fällen auch Schwächungen bis zur Arbeitsunfähigkeit von TAGs verbunden. Natürlich hat die rückläufige Mitgliederzahl auch Auswirkungen auf die Beiträge.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil unserer Mitglieder ist alters- und gesundheitsbedingt nicht oder nur teilweise in der Lage, aktiv an unseren Aufgaben mitzuwirken. Die Arbeit der GRH wird somit künftig auf weniger Schultern verteilt sein. Deshalb bleibt die Konzentration auf Schwerpunkte und die Beschränkung auf bestimmte Aufgaben immer wieder eine Notwendigkeit.

Ausdrücklich möchten wir aber betonen, wir sind jedem Mitglied eng verbunden. Die GRH ist eine solidarische Gemeinschaft, in der jede/jeder Wärme spürt, geachtet und geschätzt ist und eine politische Heimat findet. Als eine Menschenrechts-Organisation ist uns das Verpflichtung - besonders angesichts der Kälte in dieser Gesellschaft. Mit unserer AG Solidarität und Betreuung soll dieser Gedanke ausdrücklich betont und untersetzt werden. Die Handreichungen und Hinweise zu Vorsorgethemen, Ansprüchen und Verhaltensweisen in schwierigen Lebenslagen, die von der AG erarbeitet und in Zusammenkünften erläutert wurden, sind gefragt und hilfreich. Inzwischen besteht auch zunehmender Bedarf an individueller erster Beratung.

Von unserem solidarischen Verhalten zeugt auch die finanzielle humanitäre Unterstützung, allein im Berichtszeitraum in 12 Fällen mit 5 280,00 €. Besonders bedürftig waren und bedacht wurden Angehörige der Grenztruppen und Kundschafter, u.a. unsere US-amerikanische Genossin Theresa Squillacotte. Verdienstvolle Arbeit hat hierbei besonders unser Genosse Lothar Ziemer geleistet.

Solidarische Hilfe, finanzielle, ideelle und juristische Hilfe, hat die GRH in einer Zahl weiterer Fälle von Verfolgung und Diffamierung geleistet. Unser Genosse Wolfgang Schmidt wurde nach jahrelangem juristischen Kampf im September 2018 vom LG Berlin freigesprochen, nachdem nach Inanspruchnahme aller Instanzen das BVerfG dies angewiesen hatte. Die juristischen Auseinandersetzungen waren finanziell nur mit unserer Unterstützung und vieler Gleichgesinnter möglich. Das Verfahren einer westdeutschen Genossin, die unsere Grenzsicherung verteidigt hatte und deshalb vor Gericht sich wegen Billigung angeblicher Straftaten zu verantworten hatte, wurde eingestellt; hier hatten wir auch finanziell unterstützt. Weitere Bürger, wegen IM-Tätigkeit diffamiert, holten sich bei uns Rat.

Bei allen objektiv bedingten Problemen und Schwierigkeiten - und sie werden nicht geringer -, die GRH hat unter schwierigsten Bedingungen - wenn ich an die Anfänge und die damaligen Anfeindungen denke - bestanden und wird auch künftig ihren selbst gestellten Auftrag erfüllen. Die finanzielle Lage ist stabil. Auch dank der vielen Spenden. Ihnen ein herzliches Dankeschön. Die vom Vorstand eingeleiteten Maßnahmen zur Sparsamkeit und regelmäßigen Berichterstattung haben sich ausgezahlt. Der gewissenhaften Arbeit des Schatzmeisters gebührt unsere Anerkennung.

Heute sind wir zwar zahlenmäßig kleiner geworden, aber wir haben viele Verbündete in Ost und West. Gerade das Zusammenrücken mit den engsten Verbündeten wird - ohne Selbständigkeit und Spezifik unserer Organisation aufzugeben - die weitere Arbeitsfähigkeit gewährleisten. Diese Zusammenarbeit hat bereits ein hohes Niveau erreicht, wenn ich an die Verbände im OKV denke oder an gemeinsame Projekte und Aktivitäten mit dem Grenzerarchiv in Wünsdorf, mit ISOR und dem BüSGM oder auch mit dem DDR-Kabinett in Bochum. Mit der GBM, deren juristisches Mitglied die GRH ist, haben wir zusammen mit ISOR im Januar 2019 eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit getroffen; in der AG Solidarität/Betreuung sind unter unserer Leitung bereits alle drei Organisationen vereint.

Liebe Anwesende,

an dieser Stelle möchten wir allen Mitgliedern der GRH für ihre Treue zu unserer Widerstands-, Solidar- und Opfergemeinschaft danken. Besonderer Dank gilt allen Freundinnen und Freunden unserer Organisation, die verantwortlich und aktiv mitwirken, den Sprechern und Vorsitzenden von TAGs, den Kassierern, den Betreuern von Erkrankten, den Übermittlern der schriftlichen Mitteilungen und Informationen.

Dank unseren kreativen und fleißigen Genossinnen und Genossen in den AG Grenze, Sicherheit, Aufklärer, Information/Dokumentation, Recht, Sport und Solidarität/Betreuung sowie unseren engen Verbündeten aus anderen Organisationen und Parteien. Ebenso unseren Freunden und Genossen Verlegern Frank Schumann und Wiljo Heinen. Bedanken möchten wir uns bei allen, die auch durch ihre Geldspenden die Arbeit unserer Organisation ermöglichen.

Liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen!

In wenigen Monaten begehen wir den 70. Jahrestag der Gründung der DDR. Die Erfahrungen, die wir seit mehr als einem Vierteljahrhundert im kapitalistischen Deutschland gemacht haben, bestätigen und bestärken uns immer wieder in der Überzeugung, dass die DDR das bessere Deutschland war. Ein Land, das es zu verteidigen gilt und das Wege in die Zukunft wies. Ja, wir halten es mit Peter Hacks und Kurt Gossweiler, die DDR war "Kapitel I des Sozialismus auf deutschem Boden".

In der Auseinandersetzung um die Geschichte und im Ringen um eine friedliche und humane Gesellschaft wird die GRH auch künftig ihren Beitrag leisten. Die GRH lebt, ist arbeitsfähig, unüberhörbar und kämpferisch. Sie ist in diesen Zeiten unverzichtbar.

*

*



Berlin, den 30. März 2019

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
lieber Genosse Dieter Stiebert,

der Vorstand der „Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde, bekannt als BüSGM, übermittelt Euch zur Eurer heutigen Mitgliederversammlung solidarische Grüße.

Seit Jahren haben wir als Mitglied des OKV am Beispiel der GRH erfahren können, dass Euer Verein, wie ihr Euch selbst beschreibt, in der Öffentlichkeit als eine Organisation wirkt, die die Verwirklichung der Grundsätze eines sozialen und demokratischen Staatswesens mit politischen und juristischen Mitteln im Rahmen des Grundgesetzes der BRD, in Übereinstimmung mit den internationalen Vereinbarungen über die Bürger- und Menschenrechte betreibt. Dass ihr Euch, wie wir als BüSGM, als parteipolitisch und konfessionell unabhängig begreift, schließt nicht aus, dass ihr mit uns gemeinsam den Kampf um eine fortschrittliche sozialistische Welt fortsetzt.

Gemeinsam mit der GRH haben wir uns auch der Solidarität untereinander verschrieben, um für Aufklärung des tatsächlichen politischen Verhältnisses in der kapitalistischen Gesellschaft zu sorgen. Dabei haben wir in einer Pressemitteilung über die Zusammenhänge im Hambacher Forst, aus dem sagenhaften Nebenverdienst eines Landtagsabgeordneten Schlussfolgerungen gezogen. Dieser hat uns in ein Gerichtsverfahren verwickelt. Wir wurden vom LG Düsseldorf zu den Kosten verurteilt. Die bisher angefallenen Kosten belaufen sich auf mehr als 2.000. Sie sprengen unser Budget erheblich und stellen unsere weitere Existenz in Frage. Ihr findet deshalb in unserem April-Echo einen Spendenaufruf. Wir danken allen Unterstützern, vor allem Hans Bauer, dass er uns in dem Verfahren anwaltlich vertreten hat.

Unser Vorstand hat bereits vor Monaten beschlossen, einem weiteren Genossen der GRH, Eurem Geschäftsführer, Genossen Dieter Stiebert, für seine uns gegenüber geübte Solidarität besonders zu danken. Als wir vor zehn Jahren Schwierigkeiten hatten, unsere Zeitung zu drucken, hat Dieter keinen Moment gezögert, uns über einen geraumen Zeitraum den Druck auf der Anlage der GRH zu ermöglichen. Diese Unterstützung hat unsere weitere Existenz gesichert. Wir als ehemalige Wessis im Vorstand des BüSGM haben auch in diesem Zusammenhang erfahren dürfen, dass für die Sozialisten in der DDR das Wort Solidarität keine Leerformel ist.

Lieber Genosse Dieter Stiebert, liebe Genossinnen und Genossen der GRH, wir haben gemeinsam den Verlust der DDR zu beklagen. Wir sind jedoch sicher, dass wir nach der Kolonialisierung der DDR durch die Alte BRD durch Dich und die Genossen der GRH kennen lernen durften, wie tatsächliche Solidarität geübt wird.

Wir wollen heute nicht die Vergangenheit beschwören und uns anmaßen Deine Vita, die sich aus Deinem hauptsächlichlichen Leben in der DDR abspielt, darzustellen.

Lieber Genosse Stiebert, für uns ist es eine besondere Ehre, Dir als Geschäftsführer der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) die Ehrenmitgliedschaft unserer Menschenrechtsorganisation verleihen zu dürfen.

- Einem ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit im Range eines Oberstleutnants, dem die Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen ein Anliegen war,
- einem Genossen, der nach der Annexion der DDR als Geschäftsführer und langjähriges Mitglied der GRH seit vielen Jahren einen wesentlichen Anteil am kontinuierlichen Erfolg dieser Organisation hat,
- einem Genossen, der sich besondere Verdienste bei der Organisation und der effektiven Arbeit des Vereins erworben hat,
- einem Genossen, der für die Redaktion und die Herausgabe der GRH-Mitteilungen verantwortlich ist,
- einem Genossen, dem die Verbindung zu den Mitgliedern des Vereins Herzen liegt,
- einem Genossen, der die Fähigkeit hat, politische Prozesse sachkundig und überzeugend zu bewerten
- einem Genossen, der die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, von der auch wir profitiert haben, in den Vordergrund stellt.

Die Ehrung ist verbunden mit einer Urkunde und einer Gedenkmedaille an Deinen Genossen Alfred Scholz. Wir haben den Lebenslauf von Alfred Scholz in einem Beiblatt zur Urkunde festgehalten und geben seine Vita hier nur kurz gefasst als Ausschnitt wieder.

Alfred Scholz hatte seit 1975 mit dem Titel eines Generalleutnants die Position eines Stellvertreters des Ministers für Staatssicherheit inne. 1977 wurde ihm der [Vaterländische Verdienstorden](#) der DDR in Gold verliehen.

Alfred Scholz starb im Alter von 57 Jahren. Seine Urne wurde in der Grabanlage Pergolenweg, der [Gedenkstätte der Sozialisten](#) auf dem [Zentralfriedhof Friedrichsfelde](#) in [Berlin-Lichtenberg](#) beigesetzt.

Wir überreichen Dir im Auftrage des Vorstands des BüSGM die Ehrenurkunde, die Medaille mit Lebenslauf von Alfred Scholz und die heutige Rede und freuen uns, Dich im Kreise unserer Mitglieder als Ehrenmitglied mit allen satzungsgemäßen Rechten begrüßen zu dürfen.

Mit solidarischen Grüßen

Der Vorstand des Bündnis für Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde e.V. (BüSGM)

Peter Dietrich

Gert Julius

Lothar Nätebusch

Diskussionsbeitrag Dieter Skiba, Mitglied der AG Sicherheit

Die Themen Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit sind aktueller denn je und werden uns sicherlich noch lange Zeit beschäftigen.

Geht es doch dabei um mehr als um das Wachhalten bloßer Erinnerungen an die Vergangenheit in Deutschland (in beiden deutschen Staaten der Nachkriegszeit) und die Frage, wie und auf welche Art und Weise in der seit dem Ende der DDR andauernden „Erinnerungsschlacht“ damit umgegangen wird.

Wer die Geschichte nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten – so haben wir es einmal gelernt.

Wissen um Geschichte und deren Einfluß auf Denken und Handeln aber hängt wesentlich davon ab, auf welche Art und Weise Geschichte erzählt und gedeutet wird, wie es um die Wahrnehmung historischer Ereignisse und Zusammenhänge aus heutiger Sicht bestellt ist und welche Pläne und Absichten damit verfolgt werden.

Es ist ein uns alle angehendes Politikum auf einem bedeutsamen Feld im Kampf um die Hirne und Herzen der Menschen in diesem Lande und über die Landesgrenzen hinaus.

Nach dem Sieg über das faschistische Deutschland und dem Ende des II. Weltkrieges 1945 sehnten sich die Völker nach Frieden und Gerechtigkeit. Nie wieder Krieg und Faschismus waren nicht nur „Losungen des Tages“. Frieden und Völkerfreundschaft galten in der antifaschistischen DDR von Anfang an als ein unverzichtbar hohes Gut, das es – auch als Lehre aus der Geschichte - zu bewahren und zu beschützen galt.

Wie Lehren aus der Geschichte und Erinnerungen an Nazi- und Kriegsverbrechen/Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf perfide Art und Weise zur Legitimierung neuerlicher Verbrechen mißbraucht werden, ist signifikant mit dem Überfall auf Jugoslawien im Jahre 1999 deutlich geworden. Mit dem zwielfichtigen Argument, ein „neues Auschwitz“ und eine neue »Menschenrechtskatastrophe« wie den Holocaust im Kosovo verhindern zu müssen, wurde die Aggression und die Bombardierung Jugoslawiens unter bundesdeutscher Beteiligung begründet. Damit wurde sowohl das Friedensgebot des westdeutschen Grundgesetzes ausgehebelt, als auch erstmals nach 1945 von deutschem Boden aus wieder Krieg begonnen. Noch wenige Jahre zuvor hieß es doch : „Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen“! Trotz begründeter Zweifel an der Argumentation zur Rechtfertigung dieser Aggression wird daran bis heute festgehalten, da nur so der offenkundige Verstoß gegen die UNO-Charta und das im GG fixierte Friedensgebot zu rechtfertigen sind. (Verweis auf Artikel-Serie in der JW und Normen Peach 25.3.19)

Die Blutspur der reaktionären, antikommunistischen Kräfte zieht sich in den zurückliegenden 100 Jahren seit der Novemberrevolution 1818 vom Meuchelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über die konterrevolutionären Freikorps zu den Nazihorden im 3. Reich und den faschistischen Völkerrechtsverbrechen bis hin zu den Neofaschisten der Gegenwart mit Mord (NSU) und Terror gegen Andersdenkende und „völkisch“ Andersartige.

Und nicht zuletzt deshalb ist Solidarität mit all denen geboten, die sich für Frieden und gegen imperialistische Kriegstreiberei, gegen Neonazis und „Rechtsruck“ in der Gesellschaft sowie antikommunistische Geschichtsfälscher engagieren.

Mit der sogenannten „Aufarbeitung“ als Ausdruck „freiheitlich-demokratischer Vergangenheitsbewältigung“ geht es unseren Gegnern nicht etwa um Erinnerungen auf der Basis wissenschaftlich fundierter Analyse in historischem Kontext, sondern vielmehr um

handfeste politische Interessenlagen der derzeit Herrschenden durch Propagierung eines ihnen genehmen und nützlichen Geschichtsbildes.

Die alte BRD sowie das heutige „Deutschland“ sollen nach innen und außen beim Vergleich der „Erinnerungskulturen“ aufgewertet und als bewundernswertes Vorbild für »demokratiefundierende Vergangenheitsbewältigung« glorifiziert werden.

Dem gegenüber wird daran festgehalten, dass die „DDR-Diktatur“ mit ihrem „verordneten“ Antifaschismus und einer daraus resultierenden einseitigen „staatlichen Erinnerungspflicht“ eine unvoreingenommene „Gedächtnisarbeit“ verhindert habe. Und damit müsse gründlich und nachhaltig aufgeräumt werden.

Offen bleibt dabei allerdings die Frage, warum „verordneter“ Antifaschismus und darauf fußende Strafverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechern in der DDR schlechter gewesen sein soll als die antikommunistisch ausgerichtete Erinnerungskultur im Westen mit politisch gewollter und juristisch praktizierter Verhinderung der völkerrechtlich gebotenen Verfolgung von Nazi-Verbrechen.

Die seit den neunziger Jahren praktizierte Geschichtspolitik hat (zumindest gegenüber den Ostdeutschen) scheinbar nicht so gefruchtet, wie erhofft und vorgegeben wurde. Wohl auch deshalb wollen sich die Etablierten jetzt – vor den 2019 anstehenden Wahlen in 3 ostdeutschen Bundesländern- mehr den „Interessenlagen“ und „Bedürfnissen“ derer zuwenden, die immer noch als „Deutsche zweiter Klasse“ behandelt werden. Man darf gespannt sein, was dabei am Ende herauskommt.

Schließlich folgen Strategie und Taktik der „Aufarbeiter“ noch immer dem 1991 von Klaus Kinkel staatlich verordneten Generalauftrag zur Abrechnung mit der DDR, um den Osten beherrschbar zu machen.

Kinkel sprach u.a. (nicht nur in Bezug auf die Strafverfolgung von DDR-“Staatsnahen“) von einer „ganz besonderen und alternativlosen Aufgabe“ , von der abhängig sei, „ ob der Rechtsstaat in den Augen der Bevölkerung in der Lage ist, mit dem fertig zu werden, was uns das vierzigjährige Unrechtsregime in der früheren DDR hinterlassen hat...“ .

„Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen genauso unmenschlich und schrecklich war wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und – zu recht – nie mehr wieder erstehehen lassen wollte. Es muß gelingen, auch die schreckliche STASI-Vergangenheit zu entmystifizieren, um die Menschen angstfrei zu machen“ (DRIZ 1/1992)

Es gehört quasi zum Handwerkszeug all derer, denen ein anderes Deutschland als Alternative zu Kapitalismus, Krieg und Faschismus von Anfang an ein Dorn im Auge war, Kübel von Dreck über die DDR auszuschütten, sie mit dem faschistischen Deutschland gleichzusetzen und dazu auch noch wie nebenbei die Nazi-Komplizenschaft in der BRD zu verharmlosen sowie tendenziös niederträchtig über Partei- und Staatsorgane der DDR, ihre Justiz-, Schutz- und Sicherheitsorgane herzuziehen.

Was nicht nur mich in Bezug auf das in der Erinnerungsschlacht vermittelte Feindbild umtreibt, ist die seit 3 Jahrzehnten – insbesondere unter aktiver Mitwirkung der BStU – immer wieder verbreitete Legende von angeblich Tausenden in der DDR vor Strafverfolgung geschonten Nazis. (Prof. Rüter von der Uni Amsterdam erklärte dazu mehrfach : „Was man dem Osten unterstellt, geschah in Wahrheit im Westen“)

Als aktuelles und besonders signifikantes Beispiel für das Festhalten am Feindbild über DDR und MfS und das Auftischen alter Lügen in neuem Gewande will ich auf das am 24. Januar 2019 vorgestellte Elaborat „Auschwitz und Staatssicherheit“ verweisen.

Mit dieser „neuen Studie“ (vom uns hinreichend bekannten BStU-Mitarbeiter Henry Leide), die auf persönliche Anregung von Roland Jahn zurück geht, würde (so die BStU- Ankündigung dazu) über den Umgang des MfS mit Auschwitz und den in die Verbrechen des Holocaust verstrickten Personen auf der Grundlage von „wissenschaftlichen Forschungsergebnissen“ berichtet.

Herausgekommen ist, wie nicht anders zu erwarten, wieder eine tendenziöse Mischung aus Dichtung und Wahrheit zur Pflege des verordneten Feindbildes, mit dem wir uns seitens der GRH schon 2007 auseinander gesetzt haben.(„*Anti-Leide / Herrn Henry Leides Umwälzung der Geschichte der DDR*“ GRH-Bröschüre mit 214 Seiten / Autoren Horst Busse, Dr. Hans-Herbert Nehmer und Dieter Skiba)

Hier und heute ausführlicher darauf einzugehen, würde wohl den Rahmen sprengen.

Deshalb nur einige kurze Anmerkungen dazu:

- Da ist von schwerer Hypothek für die beiden deutschen Nachkriegsstaaten die Rede und davon, dass die DDR-Führung versucht habe, allein der Bundesrepublik hierfür die historische Verantwortung zuzuschieben.
- Eingestandene westdeutschen Versäumnisse bei der Ahndung der Verbrechen seien bevorzugt für Propaganda gegen den Westen thematisiert worden.
- Die Strafverfolgung im eigenen Land allerdings wäre der Dimension der Verbrechen und den Erwartungen der Überlebenden nicht gerecht geworden.
- Die DDR habe zu wenig zur Aufklärung von Naziverbrechen im Allgemeinen und in Bezug auf das KZ Auschwitz im Besonderen getan.
- Speziell das MfS habe sogar dringend Tatverdächtige lieber als IM angeworben, als vor Gericht gebracht.

Besonders penetrant wird es da, wo Leide den angeblich in der DDR und von der „Stasi“ nicht verfolgten Naziverbrechern auch diejenigen hinzurechnet (und z.T auch namentlich benennt), die wegen ihres Einsatzes im KZ Auschwitz bereits in Polen oder von SMT verurteilt wurden und die Freiheitsstrafen auch abgesessen haben, bevor sie Bürger der DDR geworden sind. Außer karteimäßiger Registrierung sei nichts weiter zu deren Strafverfolgung unternommen worden, obwohl es doch möglich gewesen wäre, sie hier erneut vor Gericht zu bringen.

Schließlich habe die DDR nach den Nürnberger Prinzipien geurteilt und demnach hätte sie es viel leichter gehabt als die BRD-Justiz, Nazi-Täter abzustrafen, weil allein schon der Nachweis der Zugehörigkeit zur KZ-Wachmannschaft für eine angemessene Verurteilung ausreichend gewesen sei.

Interessanter Weise verweist Leide in diesem Zusammenhang darauf, dass die BRD die nach 1945 im östlichen Ausland (Polen, CSSR , SU) ergangenen Urteile gegen Deutsche nicht anerkenne und somit auch kein Hinderungsgrund bestehe, Nazi-Täter (wie derzeit „Vorermittlungen“ gegen ca. 30 KZ-Leute beweisen würden) vor Gericht zu bringen.

Die DDR hätte doch ebenso verfahren können, ja müssen, wenn es ihr ernsthaft um „Sühne“ gegangen wäre.

Es ist schlichtweg unredlich, ja absichtsvoll niederträchtig, zu behaupten, dass insbesondere durch das MfS Nazi-Verbrecher trotz „hinreichender“ Beweise ihrem gesetzlichen Richter entzogen worden seien.

Zur „Beweisführung“ für diese These stützt sich ein Leide auf „Erkenntnisse“ (z.B. aus westdeutschen Verfahren) und Dokumente (Archivalien aus dem BDC, Bundesarchiv, Militärarchiv, WAST, DRK-Suchdienst etc) die der DDR gar nicht zugänglich waren oder vorenthalten worden sind.

Als Gegenargumente zu Leide nur soviel:

Eine unterstellte Komplizenschaft der Partei- und Staatsorgane mit Altnazi-Eliten und Neonazis hat es in der DDR – anders als in der BRD – nicht gegeben.

Gegeben aber hat es eine gesellschaftliche Ächtung und auch staatliche Repressionen gegen faschistischen Ungeist ebenso wie gegen in den 1980 Jahren aufkommende Neonazis.

Für die DDR und ihre Sicherheits- und Justizorgane gab es - auch als Lehre aus der Geschichte - keinerlei Grund, Nazi-Verbrecher vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen.

Das heißt allerdings nicht, dass es in der DDR nicht auch solche Fälle gegeben hat, wo Tatverdächtige der Strafverfolgung (mit gefälschten Namen und geschönter Biographie) entkamen oder ein für Anklage und Verurteilung notwendiger zweifelsfreier Nachweis eines individuellen Tatbeitrages nicht erbracht werden konnte. (Darüber haben wir z.B auch im Buch „Im Namen des Volkes“ Stellung bezogen)

Als Mitglieder der AG „Sicherheit“ haben wir bei all unseren Veranstaltungen (Thema Staatliche Sicherheit der DDR und Strafverfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen / Auseinandersetzung um Frieden, soziale Gerechtigkeit und speziell um Wahrheit und Wahrhaftigkeit im Umgang mit DDR-Geschichte) immer wieder die Erfahrung gemacht, dass eine überzeugende Darstellung der Wahrheit über das Wirken der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie der Justiz und der Rechtsprechung in der DDR nicht nur als „Bildungsbeitrag“ zur Vermittlung von Wissen und Argumenten dient, sondern vor allem auch beiderseits Kraft und Optimismus für unseren weiterhin dringend gebotenen gemeinsamen Kampf um Frieden und ein besseres Deutschland vermitteln kann.

Es darf nicht in Vergessenheit geraten, dass die antikommunistisch motivierte, wissenschaftlich, politisch und rechtsgeschichtlich unhaltbare Etikettierung der DDR als »Unrechtsstaat« maßgeblich dazu beigetragen hat, dem allseits feststellbaren Abmarsch nach rechts die Flagge voran zu tragen sowie Neonazis und Rechtspopulisten selbst in Parlamenten salonfähig zu machen.

Auch wenn wir vor einer schier unlösbaren Aufgabe stehen, sollten wir uns weder von der Macht der anderen und deren feindlichen Behinderungen , noch von einer auf uns selbst bezogenen vermeintlich schwächeren Position dumm machen lassen.

Wir haben die Wahrheit auf unserer Seite und können als Zeitzeugen Zeugnis darüber ablegen, wie es in Wirklichkeit war und warum wir so und nicht anders gehandelt haben.

Dagegenhalten ist machbar und zwingend geboten!!!

Und dazu will ich mich - so weit wie es mir möglich ist - auch weiterhin einbringen.

Diskussionsbeitrag Heidi Richter, Leiterin der AG Sport

Liebe Genossen und Freunde!

Der Begründer der Olympischen Bewegung der Neuzeit, Coubertin, verfasste seine „**Ode an den Sport**“ und erhielt dafür 1912 bei den Kunstwettbewerben der Olympischen Sommerspiele in Stockholm die Goldmedaille in der Kategorie „Literatur“.

Ein Text, der für unsere Mitgliederversammlung und unseren Kampf nicht aktueller sein kann.

Ich zitiere:

Oh Sport, du bist der Friede.

Du schwingst ein Band um Völker, die sich als Brüder fühlen.

Sich gegenseitig messen, übertreffen, das ist der Wettstreit im Frieden!“

Ganz in diesem Sinne haben Mitglieder der Arbeitsgruppe Sport die Stunden vor unserer Mitgliederversammlung genutzt, um unser Wirken für Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit auch öffentlich sichtbar zu machen.

Unser Weg führte uns nach Neukölln, an die Grabstätte von Werner Seelenbinder und an das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow.

Mit roten Nelken gedachten wir Helden, die sich durch Werte auszeichneten, die auch heute unsere politische Arbeit bestimmen.

Dankbarkeit überkam uns und der feste Wille, alles zu tun was möglich ist, um unsere Solidarität mit Russland aktiv zu leben.

Unvergessen, die Hilfe und Unterstützung der sowjetischen Freunde beim Aufbau und Förderung der Sportorganisation der DDR.

Heute solidarisieren wir uns mit den russischen Sportlern, die ständig, ohne Beweise, des Dopings beschuldigt werden.

Interessant eine Aufstellung aberkannter Olympiamedaillen seit 2002. Insgesamt sind es 146.

47 Goldmedaillen davon Russen 12

51 Silbermedaillen davon Russen 25

48 Bronzemedaillen davon Russen 11

Sehr aufschlussreich diese Zahlen, geben sie doch Auskunft, dass es nicht nur gedopte Russen gibt, sondern das Doping ein weltweites Problem ist. Interessant auch die Aussage des Sportmediziners Simon von der Uni Mainz im „Spiegel“.

Er bezeichnet 60% aller Athleten als „Falschspieler“.

Wir fühlen uns mit allen russischen Sportlern verbunden, die einen sauberen und ehrlichen Sport betreiben und wenden uns gegen alles, was ein ganzes Land, ganze Sportverbände, Sportleitungen diskriminiert und kollektiv bestraft.

Der massive Angriff von Vertretern des IOC auf Russland und seinen Präsidenten ist in der olympischen Geschichte beispiellos. Diese verlogene Propaganda ist Teil ihres Feldzuges gegen den Feind Nr.1 auf der Welt.

In Sonderdrucken der GRH, in Gesprächsrunden und Beiträgen in den uns zur Verfügung stehenden Medien wird auch weiterhin die Botschaft ausgehen, dass

der völkerverbindende Charakter des Sports, ganz im Sinne von Coubertin, dazu beitragen möge, den Weltfrieden zu erhalten, gerade in einer Zeit, in der das Abrücken des IOC vom Grundanliegen der Olympischen Idee immer sichtbarer wird.

Ich zitiere Coubertin:

„Oh Sport, du bist der Mut!“

Nicht nur der Sport braucht Mut, genau so die **Wahrheit**.

Faustdicken Lügen über den Sport der DDR sind wir tagtäglich ausgesetzt und als Lügner werden **wir** hingestellt. Gegen diese Geschichtsklitterung treten wir auf, und sind verpflichtet, die Wahrheit über unseren weltweit noch heute anerkannten Sport zu verbreiten und Bewahrenswertes zu behüten. Und wer kann das besser als wir, die wir in der DDR gelebt, gearbeitet und mitgestaltet haben.

Die Arbeitsgruppe Sport der GRH und der Freundeskreis der Sport-Senioren waren bei der Aufarbeitung des Sports in den letzten Jahren nicht untätig. Seit 2003 realisieren wir das gemeinsame Projekt, erlebte Sportgeschichten aufzuschreiben. 110 Autoren haben mit ihren Beiträgen ein Stück Sportgeschichte bewahrt und weitere 26 werden ihre Erfahrungen, Erlebnisse und Erinnerungen vor allem aus den Jahren 1989 – 1992 im 4. Band „Erlebte Sportgeschichte – einst und heute“ niederschreiben. Wir dürfen euch darauf ein wenig neugierig machen: In Splitt fand 1990 die Europameisterschaft der Leichtathletik statt. Die Nationalmannschaft der DDR nahm das letzte Mal daran teil. Vertreter der internationalen und europäischen Föderation baten unsere Mannschaft, sich mit einer Ehrenrunde zu verabschieden. Danach stellten sich unsere Sportler wie zu einem Fahnenappell auf und es erklangen folgende Worte:

„Leichtathleten hierzu landen! Stillgestanden!

Ehrerbietung ihr jetzt erweist der Fahne, die für euch oft gezeigt.

Die Sportwelt hatte sich vor ihr verneigt! Ihr schwarz-rot-gold mit Ährenkranz verschwindet aus den Arenen ganz.

Das letzte Mal du sie gesehen hast, ihr Wehen hier am Fahnenmast.

Und wie oft wurde sie gehisst für Leichtathleten, die man nicht vergisst.“

Solche unvergessenen Momente, aber auch Menschenschicksale, z. B. von Trainern, die in Deutschland über Nacht nicht mehr gebraucht wurden und vor einem sozialen Desaster standen, werden in dieser Publikation zu lesen sein.

Nun leben wir nicht **nur** in der Vergangenheit.

Der Titel unserer Buchreihe ist ganz bewusst mit **Einst und Heute**

überschrieben und damit für uns politischer Auftrag, sich in das Heute einzumischen, so weit wir die Möglichkeit dazu haben und wo immer es notwendig ist.

Und da gibt es sehr viel zu tun.

Oh Sport, du bist die Gerechtigkeit!

Noch immer sind unsere verurteilten Trainer, Ärzte und Funktionäre nicht rehabilitiert, obwohl Doping in der DDR wie auch in der BRD nicht strafbar war.

Noch immer wurde **nur** in der DDR gedopt und überhaupt war der DDR-Sport nur Doping. Dieser Behauptung immer wieder entgegen zu treten und die Machenschaften des Dopingopferhilfevereins zu entlarven diente u. a. die gemeinsame Erklärung der GRH und des Freundeskreises der Sport-Senioren zum Rücktritt von Frau Geipel sowie die juristische Beratung eines Leichtathletiktrainers, der jüngst völlig zu Unrecht beschuldigt wurde, Jugendlichen unterstützende Mittel verabreicht zu haben. Den Kampf um seine Ehre hat er inzwischen durchgestanden.

Frau Geipel treibt ihr Unheil auch nach ihrem Rücktritt weiter. Gegenwärtig arbeitet die EX-DOH-Chefin an einer Doktorarbeit mit dem Titel „Hybris und Gewalt. Der DDR-Doping-Staatsplan und seine Umsetzung in den drei ehemaligen DDR-Nordbezirken“. An ihrer Seite ebenso aktiv ist Herr. Dr. Buhrmann, der an einer Studie zum DDR-Doping mitarbeitet, die Ärzte der Klinik für psychosomatischen Medizin an den Helios-Kliniken in Schwerin erstellen.

Unser Verbandstrainer, der wie kein anderer Frau Geipel aus dem Effeff kennt, bezeichnete sie in einem Brief an Markus Lanz und die ZDF – Chefredaktion als Hochstaplerin und ihre falschen Aussagen als „Münchhausen“. Nie hat sie an einer EM, WM und Olympischen Spielen als Mitglied der Nationalmannschaft teilgenommen. Unglaublich ihre OP-Story, die wie sie behauptet, im Auftrag der Staatssicherheit stattfand, um sie angeblich außer Gefecht zu setzen.

Wir sammeln weiter Beweismaterialien und verfolgen sehr genau die Auseinandersetzungen im Dopinghilfeopferhilfeverein, um diese Frau und den Verein öffentlich zu enttarnen.

Wir fordern endlich Gerechtigkeit bei der Aufarbeitung des Dopings in Ost wie in West, denn vor der eigenen Tür gibt es genügend Schmutz aufzuspüren, öffentlich zu machen und zu beseitigen.

Nichts klappt besser, als das eigene Versagen mit der Behauptung des Zwangs von der Elbe bis zur Oder zu rechtfertigen.

Deshalb bleiben wir unbequem, mutig und hartnäckig mit und in der GRH.

*

Diskussionsbeitrag Dr. Reinhard Grimmer, Leiter der AG Sicherheit

Ich habe den ehrenvollen Auftrag, im Namen der AG Aufklärer mit Gen. Werner Grossmann sowie der AG Sicherheit mit Gen. Wolfgang Schwanitz sowie allen „altvorderen und noch immer aktiven Mitstreitern“, dem Vorstand der GRH, besonders unserem Vorsitzenden, Hans Bauer, dem Geschäftsführer, Dieter Stiebert, sowie über die Delegierten den Mitgliedern in den TAGs für die in der Berichtsperiode bewiesene Treue und Solidarität auf das herzlichste zu danken. Darin eingeschlossen auch der Dank an die mit unserer GRH aufs engste verbundenen ISOR-, RotFuchs- und GBM/OKV-Mitglieder.

Hans Bauer hat uns einen politisch orientierenden und zugleich mobilisierenden Bericht vorgetragen. Er enthält eine Fülle von Ergebnissen, Erfahrungen und Orientierungen im Dienste des Friedens, der Wahrheit und Gerechtigkeit. Aus der Sicht unserer beiden Arbeitsgruppen will ich in meinem Diskussionsbeitrag auf einige damit verbundene inhaltliche Herausforderungen kurz eingehen.

Wir werden auch weiterhin den Kampf führen gegen die Lügen über die DDR und im Besonderen über ihre Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane. Das heißt für uns vor allem:

- aktiv in die vom antikommunistischen Zeitgeist beherrschte Erinnerungsschlacht einmischen;
- festhalten an der Vermittlung wahrhaftigen geschichtlichen Wissens, denn dieses Wissen ist unentbehrlich für die Zukunft.

Das umso mehr angesichts der Tatsache, dass es den vermeintlichen Siegern über die Geschichte mehr denn je darum geht, den ersten Sozialismus-Versuch auf deutschem Boden so zu diskriminieren, dass er für die Mehrheit der Bürger nur noch ein Schreckgespenst ist. Und dem MfS soll dabei für alle Zeiten die Hauptrolle zukommen. Deshalb wird es als Monster dargestellt, das nur Abscheu verdient. Aber offensichtlich ist man mit der Wirkung der permanenten Verleumdung unzufrieden. Noch zu viele ehemalige DDR-Bürger und zunehmend auch Bürger, die im sogenannten vereinten Deutschland groß geworden sind, betrachten die DDR und auch das MfS, unter dem Blickwinkel Friedenstaat und Friedensdienst.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an Frau Birthler, die als einstige BStU-Chefin einst verkündete: *„Der Geist eines Systems hält länger als das System selbst. Wichtig bleibt das Anliegen, das Bild der DDR nicht einer Verklärung auszuliefern und Menschen, die sich politisch diskreditiert haben, von der Macht fern zu halten. Es geht um die Frage, was unseren Enkeln einfällt, wenn sie das Wort DDR hören. Als Erstes wohl: Die Mauer. Was aber wird der zweite, dritte, vierte Begriff sein? Stasi? Diktatur? Oder werden sie sagen: Vollbeschäftigung, Ruhe und Ordnung? – Darum wird gekämpft!“* ... *„Wenn wir es unterlassen, die totalitären kommunistischen Diktaturen zu verurteilen, könnte eine illusorische Nostalgie im Bewußtsein junger Generationen entstehen, die in diesem Regime einen möglichen Ersatz für die liberale Demokratie sehen könnten.“* Das ist auch der Kern der Botschaft im jüngst veröffentlichten „Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv“. Als Roland Jahn am 13. März gemeinsam mit dem Chef des Bundesarchivs, Dr. Michael Hollmann, dieses Konzept verkündete, hoben sie besonders hervor:

- Für die bisher in der BStU-Behörde gelagerten Akten, Filme, Fotos und Tonaufzeichnungen des MfS soll künftig das Bundesarchiv verantwortlich sein. Dort soll ein eigener Bereich unter einer „herausgehobenen Leitung“ mit der Bezeichnung „Stasi-Unterlagen-Archiv“ eingerichtet werden, in dem die „speziellen Aufgaben des heutigen BStU weitergeführt“ werden. Wörtlich: *„Als Teil des Bundesarchivs werden die Stasi-Unterlagen noch stärker als bisher eingebunden in die Strukturen zur Bewahrung des schriftlichen Kulturerbes unserer Nation und können eingebettet in den Überlieferungskontext der gesamten DDR-Geschichte, noch besser einen*

dauerhaften Beitrag zur gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur leisten“.

Es bleibt somit bei der Deutungshoheit der Folgeeinrichtung unterm Dach des Bundesarchivs, damit verbundener Rechtsbrüche und der Verschwendung von Steuergeldern. Sprich: Hass auf und Hetze gegen das MfS als Dauerauftrag!!!

- Auf dem ehemaligen Gelände der einstigen MfS-Zentrale in Berlin Lichtenberg soll ein „Archivzentrum zur SED-Diktatur“ eingerichtet werden, in dem neben den MfS-Unterlagen auch die Bestände der zentralen DDR-Behörden, die Archive der SED sowie der Massenorganisationen untergebracht werden.
- Der BStU hat aktuell 12 Außenstellen in den ehemaligen Bezirksstädten der DDR, in denen die Bestände der jeweiligen Bezirksverwaltungen des MfS untergebracht sind. Hier soll zukünftig eine Bündelung der Archivstandorte erfolgen, in dem es „nur noch einen Archivstandort in jedem ostdeutschen Bundesland“ gibt. Wörtlich heißt es dazu im Konzept: *“Die Landesregierungen betrachten die auf dem Gebiet ihrer Länder entstandenen Stasi-Unterlagen als herausragendes Kulturgut. ... Die Einbindung der Archivstandorte in die regionale Gedenk- und Erinnerungslandschaft seien für die Landesregierungen von zentraler Bedeutung. ... Damit kommende Entscheidungen über die Standorte der „Stasi-Unterlagen-Archivs“ in den Bundesländern erfolgen können, habe Herr Jahn bereits die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien gebeten, in den jeweiligen Bundesländern mittels Machbarkeitsstudien geeignete Liegenschaften und Flächen zu prüfen.*

In einer Leserzuschrift von Dr. jur. Heinz Günther an die „jungeWelt“, veröffentlicht in der Ausgabe vom 10. Januar 2019, heißt es: *„Wann werden ehemalige hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit endlich als gleichberechtigte Bürger des Landes behandelt? Obwohl sich die Mitarbeiter des MfS für den Erhalt der DDR eingesetzt haben, ohne gegen geltendes Recht zu verstoßen, (...) werden sie immer noch gesellschaftlich ausgegrenzt. Geltendes Recht schreibt dagegen gemäß Paragraph 78, Abs. I/3 StGB vor, dass die Verjährungsfrist der Verfolgung bei außerordentlich schweren Straftaten “die im Höchstmaß mit Freiheitsstrafe von mehr als fünf bis zu zehn Jahren bedroht sind“, bereits nach zehn Jahren endet. Selbst wenn allein schon die Zugehörigkeit zum MfS nach jetzt geltenden Rechten gegen alle Rechtsstaatsprinzipien als „Straftat“ gelten würde, wäre die Verjährungsfrist für die Betroffenen schon längst abgelaufen. ... (Es) zeigen sich immer wieder Praktiken und Haltungen, die mit den Prinzipien eines Rechtsstaates völlig unvereinbar sind. Ginge es nach dem Verständnis einiger Lokalpolitiker, soll die frühere Zugehörigkeit zum MfS offenbar als lebenslanger „Dauerstrafbestand“ gelten. (...) Für gewisse Kreise scheinen im Umgang mit ehemaligen Mitarbeitern des MfS alle Normen der Rechtssicherheit, der Gerechtigkeit und der Angemessenheit keinerlei Bedeutung zu haben.“*

Was tun?

Hans Bauer hat es treffend in die Worten gefasst: Aufklären, Motivieren, Widerstand erzeugen und leisten! Als Mitglieder der GRH und im Besonderen unserer beider Arbeitsgruppen fühlen wir uns weiterhin verpflichtet, gemeinschaftlich handelnd die

Öffentlichkeit auf allen Ebenen zu suchen, um unsere Kenntnisse und Meinungen sachkundig einzubringen. Wir wenden uns zugleich an alle GRH-Mitglieder

- in kritischen Briefen an Politiker, Abgeordnete oder bei öffentlichen Veranstaltungen Fragen zu stellen, auch wenn zu erwarten ist, dass keine Antwort erfolgt;
- themenbezogene DDR-Bücher und besonders auch jene, die nach der sog. Wende im Verlag edition ost und Wiljo Heinen zur Vermittlung der historischen Wahrheit herausgebracht wurden, an Enkel/Urenkel und im Freundeskreis weiter zu geben;
- eigene Lebenserinnerungen für die Familie und Freunde zu hinterlassen;
- so gut es noch geht, an Veranstaltungen der GRH, ISOR, des RotFuchs, der GBM und insgesamt der im Ostdeutschen Kuratorium zusammenarbeitenden Vereine und Organisationen teilzunehmen, um sich damit Kraft zu holen und zugleich Solidarität zu bekunden

und

- nicht aus Altersgründen aus der GRH und ISOR auszutreten; immer bedenken, wie wertvoll heute erst recht jeder Mitgliedsbeitrag ist, um bei Rückgang der Mitgliederzahlen trotzdem unseren Kampf fortführen zu können!

In diesem Sinne: Kopf hoch und nicht die Hände!

*

Diskussionsbeitrag Günter Seidel, Ltr. der gemeinsamen AG Solidarität und Betreuung der GRH und ISOR

Liebe Mitglieder und Sympathisanten der GRH, werte Gäste,
Genossinnen und Genossen!

Zunächst möchte ich meine volle Zustimmung zum politischen Bericht unseres Vorsitzenden erklären. Gleiches gilt auch für die Berichte des Schatzmeisters und des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Ich will daraus nichts wiederholen, sondern einige Gedanken vortragen, wie wir bei realistischer Einschätzung des Zustandes der Mitgliedschaft den hohen Ansprüchen nach Innen und Außen mit unseren doch nicht grenzenlosen Möglichkeiten gerecht werden können. Die Situation wird nicht besser. Umso notwendiger ist, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Methoden eine unserer wichtigsten Aufgaben zu lösen: durch solidarisches Verhalten, gegenseitigen Beistand die innere Stabilität der GRH auf der Grundlage gemeinsamer weltanschaulicher humanistischer Überzeugungen auch künftig zuverlässig zu gewährleisten. Diese Aufgabe geht jeden von uns an. Sie ist gleichzeitig eine Herzensangelegenheit unserer Mitglieder. An ihr kann mehr oder weniger fast jedes unserer Mitglieder in dieser oder jener Form mitwirken. Als erste und wichtigste Ausgangsüberlegung dafür gilt nach wie vor: Die GRH war, ist und bleibt eine Widerstands-, Solidar-, und Opferorganisation und gleichzeitig eine wichtige Menschenrechtsorganisation. Das ist sie selbstverständlich vor allem auch im Hinblick auf politische, soziale und juristische Rechte unserer Mitglieder und Sympathisanten. Unverändert gilt also: Innere Stabilität im politischen Willen auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen sind ein wichtiges Fundament für die politische Außenwirkung und die

Wahrung unserer Interessen. Das erfordert von jedem von uns auch in Zukunft ein hohes Maß an Solidarität, Toleranz, Verständnis, Hilfs- und Einsatzbereitschaft. Diese humanistischen Tugenden bleiben deshalb Maßstab unseres Handelns. Ich bin überzeugt: Dazu gibt es in unserer GRH große Übereinstimmung. Das ist aber auch der Punkt, der die Frage aufwirft, wie wir das in Zukunft schaffen können. Ich betrachte sie einmal kurz aus der Sicht der gemeinsamen AG GRH/ISOR und der gefestigten Zusammenarbeit mit ISOR.

Um das erfolgreich zu gestalten, ist der gemeinsame Beschluss der Vorstände von GRH und ISOR vom März 2018 zur Arbeitsplanung der schon zuvor gebildeten gemeinsamen AG Solidarität und Betreuung auch im Jahr 2019 und darüber hinaus umzusetzen und auf den dabei gemachten guten Erfahrungen aufzubauen. Die Zusammenarbeit muss, wo es möglich ist, noch enger werden.

Dabei geht es vor allem um

- weitere Anstrengungen einer immer differenzierteren Unterstützung und Anleitung der noch funktionsfähigen Strukturen, ihrer Vorstände und Sprecherräte,
- ein noch größeres Augenmerk auf die zunehmende Zahl der nicht mehr TAG/TIG - gebundenen Mitglieder und damit verbundenen notwendigen individuellen Zuwendung mit dem Ziel,
- die bisherige Arbeits- und Handlungsfähigkeit der GRH als Ganzes weiter zu gewährleisten,
- die gelebte Solidarität als Ausdruck politischer Überzeugung und kameradschaftlichen Miteinanders als Markenzeichen und Bestandteil unseres gesamten Wirkens nach innen und außen sichtbar zu machen. Politische Heimat für unsere Mitglieder waren, sind und bleiben unsere Organisationen.

Dazu ist notwendig

- die inhaltliche Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in der gemeinsamen AG Solidarität und Betreuung
- die personelle Verstärkung der AG (ISOR/GRH zahlenmäßig und altersmäßige Verjüngung)
- die Fortführung der gemeinsamen regelmäßigen Informationstätigkeit zu Betreuungs- und Vorsorgemaßnahmen sowie Hilfsangeboten von Wohlfahrtsverbänden und zu Pflichtaufgaben des Staates
- die Teilnahme an TAG/TIG Veranstaltungen zu diesen Themen
- der Ausbau der individuellen Beratung unserer Mitglieder nach Terminvereinbarung besonders im Hinblick auf Durchsetzung von Rechtsansprüchen im Vorsorge – und Betreuungsbereich
- die Unterstützung der TAG/TIG bei der Stabilisierung des Mitgliederbestandes, um mit Hilfe dieser Arbeit die Mitgliedschaft und Beitragstreue jedes Einzelnen zu erhalten, damit Austritten entgegen zuwirken, den Zusammenhalt zu stärken, entsprechend der individuellen Fähigkeit Aktivitäten zu befördern bzw. zu entwickeln und damit zukunftsorientiert zu wirken.

Zum Schluss noch wenige Bemerkungen zur Arbeit der gemeinsamen AG.

Sie war mit ihren 7 Mitgliedern in der Berichtsperiode zu jeder Zeit arbeitsfähig und wird das auch in Zukunft sein. 17 Beratungen auf der Grundlage unserer Arbeitsplanung bestätigen die Kontinuität der Arbeit.

Dafür bedanke ich mich bei den Mitgliedern der AG. Im Berichtszeitraum ergingen 12 VS- Beschlüsse über finanzielle humanitäre Unterstützung in Höhe von insgesamt 5280,- Euro, davon für Theresa allein 2880,- Euro durch Spenden. Alle Bedachten waren Angehörige der Grenztruppen oder Kundschafter.

Die Richtlinie fand und findet weiter Beachtung, auch bei rückläufiger Zahl der Hilfsbedürftigen.

Erarbeitet wurde eine umfangreiche Handreichung zur Vorsorge im Alter, dazu und besonders auch zur Pflege mehr als ein Dutzend ergänzende periodische Kurzinformationen unter Beachtung der aktuellen Entwicklung (Gesetzgebung)

All das liegt bei uns vor und kann abgefordert werden. Darüber werden wir eine Themenübersicht erarbeiten und zur Verfügung stellen.

Hinzu kam die Teilnahme an mehreren TAG/TIG- MV mit guter Beteiligung zu Vorsorgethemen und die individuelle Beratung von Mitgliedern. Das alles wollen wir fortführen und wo es möglich ist verstärken. Mitarbeit in der AG ist jederzeit möglich und sehr erwünscht.

Danke für die Aufmerksamkeit.

*

Diskussionsbeitrag Lothar Ziemer, Vorsitzender der TAG Berlin-Mitte und Mitglied der AG Aufklärer

Lothar Ziemer informierte über die Situation der ehemaligen IM in den USA, insbesondere über die von Theresa Marie Squillacorte, nach der Entlassung aus der Strafhaft.

Theresa wurde 1997 verhaftet und im November 1999 zu 21 Jahren und 3 Monate Strafhaft verurteilt. Nach 18 Jahren Haft lebte sie seit Oktober 2015 als Freigängerin in New York City. In den vergangenen Jahren hat sich Terry mit einiger Mühe und mit nicht unbeträchtlicher Hilfe der GRH wieder in der Öffentlichkeit von New York legalisiert.

Kurz vor Weihnachten 2018 sind Beschränkungen der bürgerlichen Freiheiten aufgehoben worden:

- befreit von staatlicher Überwachung und Meldepflicht,
- Verweigerung des Wahlrechts,
- Verbot der Bekleidung öffentlicher Ämter,
- Verbot einer Jury bei Gericht anzugehören,
- Verbot als Notar zu wirken.

Nicht aufgehoben ist das Verbot, Feuerwaffen zu verschiffen, zu transportieren, zu besitzen und zu empfangen.

Sie hat eine Homepage eingerichtet für ein persönliches Angebot um Inhaftierte zu beraten, zu vertreten und zu unterstützen. Dazu bedarf es jedoch einer Lizenz als Anwältin, die von der Vereinigung aller New Yorker Rechtsanwälte, der sogenannten Bar, erteilt wird. Sie hat diese Lizenz bereits 2017 beantragt.

Momentan ist sie in der Verwaltung der katholischen St. Boniface Social Justice in New York City beschäftigt.

Terry ist jetzt 62 Jahre alt. Das Rentenalter tritt in den USA mit Vollendung des 70. Lebensjahres ein.

*

Siegfried Eichner, Stellv. Vorsitzender des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR,
überbrachte Grüße des Vorsitzenden des Traditionsverbandes und informierte über die am Vortag stattgefundene Mitgliederversammlung des Verbandes.

*

Klaus Lindner, Vorsitzender des Berliner Freidenkerverbandes
übermittelte die Grüße der Berliner Freidenker

Schlusswort des Vorsitzenden der GRH, Hans Bauer

Liebe FreundInnen und GenossInnen,
die Mitglieder des neu gewählten Vorstandes bedanken sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Wir werden uns bemühen, die erfolgreiche Arbeit der GRH fortzusetzen.

In der konstituierenden Beratung des Vorstandes wurden gewählt

Hans Bauer, Vorsitzender

Günter Seidel, Stellvertreter

Herbert Damm, Stellvertreter

Ernst Hornig, Schatzmeisters

Dieter Stiebert, Schriftführer

Der Vorsitzende und seine beiden Stellvertreter sind Vorstand im Sinne des BGB.

Die weiteren Aufgaben der Vorstände werden auf der nächsten Vorstandssitzung beschlossen.

Liebe Mitglieder, verehrte Gäste,

die heutige Versammlung hat den erfolgreichen Kurs und die Notwendigkeit der GRH bekräftigt. Zwei Feststellungen möchte ich unterstreichen:

Erstens wurde die inhaltliche Ausrichtung unserer Organisation voll bestätigt. Die GRH ist eine linke Organisation, die konsequent gegen Verfälschung der Vergangenheit und für eine friedliche, demokratische und soziale Entwicklung in Deutschland eintritt. Das schließt ein, gegen alle Formen von Diskriminierung und Unrecht im heutigen Deutschland zu kämpfen.

Zweitens hat sich die GRH als ein gefestigtes Kollektiv erwiesen, das von einem hohen Maß an Organisation und Effektivität in der Arbeit sowie von einem solidarischen Zusammenhalt geprägt ist.

Die Konzentration auf unsere bewährten Schwerpunkte Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit bleibt unverändert. Dabei sind unsere Möglichkeiten und Grenzen unter Beachtung der realen Situation immer wieder konkret zu bestimmen.

Ich danke allen Anwesenden für ihre Treue und Unterstützung unserer GRH, wünsche eine stabile Gesundheit, Kraft, Optimismus und Wohlergehen. Unsere Wahlversammlung ist beendet.

Grußschreiben des Vorsitzenden der DKP, Patrik Köbele

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Genosse Hans Bauer,

ich habe mich sehr über Eure Einladung gefreut und hätte ihr gerne Folge geleistet, bin aber leider terminlich verhindert. Beim nächsten Mal will ich das ändern, vorausgesetzt Ihr wollt mich dann noch haben.

In den letzten Jahren ist es uns, der GRH und der DKP, gelungen, die Zusammenarbeit zu intensivieren. Das ist gut und wichtig. Ich denke dabei an unsere Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution, aber auch an die beiden Erklärungen zu Chemnitz und zum Heft der Roten Hilfe, die Genosse Hans Bauer und ich gemeinsam abgegeben haben. Aus unserer Sicht ist eines der Hauptfelder des ideologischen Klassenkampfes der herrschenden Klasse in Deutschland nach wie vor der Antikommunismus und dabei speziell die Delegitimierung der Deutschen Demokratischen Republik. Die DKP hat vor 1989 den Kampf gegen diese Delegitimierung geführt und tut dies auch jetzt. Vor 1989 haben wir in Zusammenarbeit mit der SED, der FDJ und der Pionierorganisation Zehntausenden ermöglicht die DDR zu besuchen. Dies war ein Beitrag zum Frieden in Europa und zur Unterstützung unserer Arbeit für den Sozialismus und war nur durch die internationalistische Unterstützung von SED, FDJ und Pionierorganisation möglich.

Heute stellen wir fest, dass die Beseitigung der DDR, der Länder des realen Sozialismus in Europa die Kriegsgefahr massiv gesteigert hat. NATO-Truppen stehen an der russischen Grenze, ausgelöst durch den US-Imperialismus und das Kriegsbündnis NATO droht eine neue gefährliche Hochrüstung mit Mittelstreckenraketen. Die Zusammenarbeit zur Intensivierung des Kampfes der Friedensbewegung ist notwendiger denn je. Dieses Jahr werden wir auch den 70. Geburtstag der Deutschen Demokratischen Republik begehen. Wir meinen die DDR war die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Wir freuen uns auf gemeinsame Veranstaltungen mit Euch. In diesem Zusammenhang haben wir eine kleine Bitte an Euch. In unserer Zeitung „Unsere Zeit“ würden wir gerne mehr über das Leben in der DDR, aber auch über die heutige Realität im Osten Deutschlands schreiben. Wir selbst sind aber in den meisten Bundesländern im Osten noch recht schwach. Wir würden uns deshalb sehr freuen, wenn wir aus Eurer Mitte Autoren für die UZ gewinnen könnten. Natürlich könnt Ihr die UZ mit einem kostenlosen Probe-Abo auch kennen lernen, meldet Euch einfach bei den Berliner Genossinnen und Genossen unserer Partei, die an Eurer Tagung teilnehmen. Ich und die Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei freuen uns darauf mit Euch auch in den kommenden Jahren den gemeinsamen Kampf führen zu können – er ist ein geschichtliches

Muss.
Ich wünsche euch eine erfolgreiche Tagung!
Mit kommunistischen Grüßen

Patrik
Vorsitzender der DKP

Köbele



Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE

Bundessprecherrat

Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE
Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Dieter Stiebert
GRH e. V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Per E-Mail an: verein@grh-ev.org

24. März 2019

Grußadresse an die Mitgliederversammlung der GRH am 30. März 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

da ich am 30.03.2019 zur Landeskonferenz der Kommunistischen Plattform NRW in Dortmund bin, kann ich in diesem Jahr leider nicht an Eurer Mitgliederversammlung teilnehmen. Deshalb auf diesem Wege im Namen der KPF ein ganz herzliches Dankeschön für Eure so wichtige und mutige Arbeit.

Im 70. Jahr der Gründung der DDR ist es besonders wichtig, daran zu erinnern, dass es einen Teil Deutschlands gab, von dem keine Kriege ausgingen, auf dessen Straßen keine Nazis marschierten, unter dessen Brücken keine Obdachlosen dahinvegetierten und keine bettelnden Menschen durch U-Bahnwagen zogen. Es gab einen Teil Deutschlands ohne Arbeitslose, ohne Bildungsschranken und ohne ein Zweiklassengesundheitswesen.

Umso mehr schmerzt die historische Niederlage und umso beängstigender die Folgen. Mit dem Ende des Sozialismus in Europa sind Kriege wieder zum Alltag geworden, ja es droht ein großer Krieg. Und um eine optimale Profitmaximierung zu gewährleisten, spielen Teile des Kapitals schon wieder mit einer faschistischen Option.

Deshalb haben wir die Pflicht, gemeinsam gegen Krieg, Faschisten und gegen Geschichtsrevisionismus jeder Art zu kämpfen. Auf uns, die Kommunistinnen und Kommunisten der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE, könnt ihr Euch in diesem Kampf jederzeit verlassen. Eurer heutigen Mitgliederversammlung wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf.

Mit solidarischen Grüßen,

Ellen Brombacher im Auftrag des KPF-Bundessprecherrates

Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Kontakt	Bankverbindung
E-Mail: kpf@die-linke.de	Spendenkonto des Parteivorstand der Partei DIE LINKE
Internet: www.die-linke.de/kpf	Berliner Volksbank eG, SWIFT-BIC: BEVODE33XXX, IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00
Fax: +49 (30) 2 41 10 46	Verwendungszweck: 824-134

DDR Kabinett Bochum e.V.

Harkortstr. 26 44866 Bochum

Grußadresse an die 13. Mitgliederversammlung der GRH e.V. am 30.03.2019 in Berlin-Biesdorf

**„Die grösste Lüge der Medien ist, diese Welt kann nicht verändert werden“
(Peter Hacks)**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die GRH gibt es nun seit nahezu 26 Jahren. Euren eigentlichen Zweck, die Rehabilitation und Entschädigung derjenigen Menschen, die für ihre Arbeit in der DDR kriminalisiert und gedemütigt wurden, habt ihr noch nicht umfassen erreicht. Und es wird unter den gegebenen Bedingungen ein weiterer harter und langer Kampf werden. Denn die politische Justiz, die hier zur Anwendung kam und immer noch kommt, ist kein Ausrutscher und auch keine Boshaftigkeit. Diese spezielle Ausprägung von Justiz ist ein notwendiger Reflex. Warum?

Die BRD zählt zu den führenden westlichen Industrienationen. Nur teilt sie mit ihren imperialistischen Verbündeten einen Wesenszug: die Unfähigkeit, die ökonomischen und daraus resultierenden gesellschaftlichen Probleme in ihren Ländern langfristig zu lösen. Es ist ein Karussell, das sich immer schneller dreht und das nur am Laufen gehalten werden kann durch eine immer rücksichtslosere Ausbeutung von Mensch und Natur sowie der Negierung internationaler und nationaler Rechtsnormen. So werden diejenigen Staaten, die sich dem neoliberalen Diktat nicht unterwerfen wollen bzw. Handelsverträge auf 'gleicher Augenhöhe' fordern, mittels brutaler Militärinterventionen zerschlagen. Gleichzeitig jedoch werden auch die elementaren Grundlagen der westlichen Staaten selbst zerstört: Aufbau nachhaltiger Arbeitsplätze, Bildung, Kultur.

Nun gefällt das den wenigsten Menschen. Angenommen, sie würden sich an einen Staat erinnern, der 40 Jahre die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte umsetzte? Angenommen, sie würden sich an ein Militärbündnis den Warschauer Vertrag -erinnern, dessen Mitglieder kein einziges Land jemals angegriffen haben? Nicht auszudenken. Und damit dies nicht passiert, muss auch noch nach 30 Jahren der Zerschlagung der DDR diese mögliche Erinnerung im Keim erstickt werden. Und da sind alle Mittel recht. Ihr kennt sie und habt sie am eigenen Leib erfahren. Die Begleitmusik liefern die Medien und selbst ehemals befreundete Organisationen tragen zur Delegitimierung bei. Das letzte ekelhafte Beispiel hierfür ist das aktuelle Quartalsheft der Roten Hilfe. Das Ziel ist klar: in den Köpfen soll die Überzeugung der Alternativlosigkeit zur herrschenden Barbarei verankert werden.

Aber gewonnen haben sie noch nicht. Und das dass so ist, liegt an unseren gemeinsamen Einsprüchen. Deshalb ist es wichtig, dass ihr, wir alle, die ja schon seit Jahren eng zusammenarbeiten, unsere Vorstellungen von Recht und Moral weiterhin lautstark einfordern.

Wir werden dabei auch in Zukunft solidarisch an eurer Seite stehen. In diesem Sinne grüßt der Vorstand des DDR-Kabinett-Bochum e.V. die 13. Mitgliederversammlung der GRH herzlich, verbunden mit dem Dank für eure unermüdliche Arbeit!

Für den Vorstand des DDR-Kabinett-Bochum e.V.

Andreas Maluga
1. Vorsitzender

Beschluss des Vorstandes vom 02.04.2019

1. Gemäß § 15 der Satzung der GRH e.V. werden folgende ständige Arbeitsgruppen beim Vorstand der GRH gebildet und deren Verantwortliche benannt:

Arbeitsgruppe	Verantwortliche	benannt:
Arbeitsgruppe Betreuung / Solidarität	Günter	Seidel
Arbeitsgruppe Aufklärer	Karl	Rehbaum
Arbeitsgruppe Sicherheit	Dr. Reinhard	Grimmer
Arbeitsgruppe Grenze	Günter	Leo
Arbeitsgruppe Recht	Hans	Bauer
Arbeitsgruppe Information / Dokumentation	Herbert	Damm
Arbeitsgruppe Sport	Heidi Richter	
2. Für die Gewährleistung der Kontakte zum Sprecherrat des Landesverbandes Berlin der DKP und für Öffentlichkeitsarbeit ist Renate Schönfeld verantwortlich.
3. Gemäß § 12 Abs. 6 der Satzung der GRH e.V. bestellt der Vorstand zum Geschäftsführer der GRH Dieter Stiebert sowie zu seiner Unterstützung Dr. Gerhard Eichhorn für den Bereich Archiv.
4. Als Verantwortliche für die Erarbeitung der monatlichen Mitteilungen beruft der Vorstand Dieter Stiebert. V.i.S.d.P. ist Hans Bauer.
5. Mit der Führung der Mitgliederübersicht wird der Schatzmeister der GRH Ernst Hornig beauftragt.
6. Die Postzustellung an die TAG, Einzelmitglieder, Kundschafter, Sympathisanten und befreundete Organisationen erfolgt in Eigenverantwortung durch den Geschäftsführer.
7. Die Betreuung der Internetseite der GRH obliegt Reiner Neubert.

Impressum

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) e.V.,
Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer; Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel./ Fax : 030/2978 4225

Internet: www.grh-ev.org

E-Mail: verein@grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag & Donnerstag, jeweils 9.00 bis 14.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.
Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH
e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

**Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09,
BIC BEVODEBB**

